
**SÜDTIROLER LANDTAG
CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO**



Wortprotokoll

der 213. Sitzung vom 2. Juli 2003

—

Resoconto integrale

della seduta n. 213 del 2 luglio 2003



**XII. LEGISLATUR
XII. LEGISLATURA
1998 - 2003**



SEDUTA 213. SITZUNG

2.7.2003

INDICE

Mozione n. 507/02 del 4.9.2002, presentata dal consigliere Leitner, riguardante il turismo in camper. pag. 3

Mozione n. 512/02 del 16.9.2002, presentata dal consigliere Seppi, riguardante la vendita di bevande alcoliche alle manifestazioni pubbliche e nei locali pubblici della provincia. pag. 8

Disegno di legge provinciale n. 108/02: "Disposizioni per i servizi di tutela e la prevenzione dei rischi nei luoghi di pubblico intrattenimento o di pubblico spettacolo." pag. 20

Proposta di deliberazione: Assestamento del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2003. pag. 30

INHALTSVERZEICHNIS

Beschlussantrag Nr. 507/02 vom 4.9.2002, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend den Camper-Tourismus. Seite 3

Beschlussantrag Nr. 512/02 vom 16.9.2002, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend den Verkauf von alkoholischen Getränken bei öffentlichen Veranstaltungen und in den Gastbetrieben in Südtirol. Seite 8

Landesgesetzentwurf Nr. 108/02: "Bestimmungen über den Schutzdienst und die Gefahrenverhütung an Orten für öffentliche Vergnügungen oder öffentliche Veranstaltungen." Seite 20

Beschlussvorschlag: Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2003. Seite 30

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

Dott.ssa ALESSANDRA ZENDRON

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

ORE 10.10 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

PÜRGSSTALLER (Sekretär - SVP): *(Legge il processo verbale – verliest das Sitzungsprotokoll)*

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Per la seduta odierna si sono giustificati la consigliera Thaler Zelger, gli assessori Di Puppo, Gnechi, Hosp, Kasslatte Mur e il Presidente della Giunta provinciale Durnwalder.

Punto 20) dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 507/02 del 4.9.2002, presentata dal consigliere Leitner, riguardante il turismo in camper.**"

Punkt 20 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 507/02 vom 4.9.2002, eingebracht vom Abgeordneten Leitner, betreffend den Camper-Tourismus.**"

Turismo in camper

Il turismo in camper è aumentato notevolmente anche in Alto Adige negli ultimi anni suscitando sempre più proteste per le sue ripercussioni negative. Se per i campeggi ci sono chiare regole da rispettare, per i camperisti che sostano fuori dai campeggi i comuni non hanno alcuno strumento di controllo. Oltre al problema dei rifiuti e delle acque di scarico, i comuni si devono assumere altri oneri senza possibilità di rivalsa sui camperisti.

La normativa vigente presenta delle lacune in questo senso e i soprattutto i comuni turistici chiedono una chiara regolamentazione per poter meglio affrontare problemi che in parte cominciano a sfuggire di mano.

I campeggi rientrano nella categoria dei cosiddetti esercizi ricettivi a carattere extralberghiero. Secondo la definizione corrente sono esercizi ricettivi, aperti al pubblico, a gestione unitaria, attrezzati, con almeno venti piazzole, su aree recintate per la sosta e il soggiorno di turisti provvisti, di norma, di tende o di altri mezzi autonomi di pernottamento.

L'articolo 39 del decreto del presidente della Giunta provinciale 23 febbraio 1998, n. 5, determina la misura della possibile edificazione per i campeggi esistenti.

Ciò premesso e constatato che il campeggio al di fuori di una regolamentazione legislativa ha raggiunto proporzioni intollerabili tali da arrecare danno alle persone e all'ambiente,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica*

*la Giunta provinciale
di varare, entro la legislatura in corso, una normativa che garantisca che in futuro in tutti i comuni dell'Alto Adige si possa campeggiare solo nei campeggi e nelle aree adibite allo scopo.*

Camper-Tourismus

Der sogenannte Camper-Tourismus hat in den vergangenen Jahren auch in Südtirol stark zugenommen. Es häufen sich jedoch die Klagen über die Begleiterscheinungen dieser Art von Tourismus. Während es für bestehende Campingplätze klare Regeln und Auflagen gibt, haben die Gemeinden kaum eine Handhabe gegen Campingfreunde, die sich außerhalb dieser Campingplätze aufhalten. Neben dem Müll- und Abwasserproblem haben die Gemeinden auch andere Lasten zu tragen, ohne die Verursacher zur Verantwortung ziehen zu können. Die geltende Gesetzeslage ist mangelhaft. Vor allem aus den Tourismusgemeinden kommt die Forderung nach einer klaren Regelung, um die teilweise bereits ausufernden Probleme besser in den Griff zu bekommen.

Campings zählen zu den sogenannten nicht gasthofähnlichen Beherbergungsbetrieben. Laut bestehender Definition sind sie öffentliche Beherbergungsbetriebe unter einheitlicher Führung, die wenigstens zwanzig Stellplätze auf eingezäuntem Gelände für Touristen bereitstellen, welche in der Regel mit Zelten, Wohnwagen o.ä. dort übernachten; sie müssen entsprechend ausgestattet sein.

Art. 39 des Dekretes des Landeshauptmannes vom 23. Februar 1998, Nr. 5, regelt das Ausmaß der baulichen Nutzung für bestehende Campingplätze.

Dies vorausgeschickt und festgestellt, dass das Campieren außerhalb der gesetzlichen Regelung ein unerträgliches Ausmaß angenommen hat und zu einer Belastung für Mensch und Umwelt geworden ist,

beauftragt

der Südtiroler Landtag

*die Landesregierung,
noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, welche sicherstellt, dass künftig in allen Südtiroler Gemeinden ausschließlich auf Campingplätzen bzw. auf dafür ausgewiesenen Plätzen campiert werden darf.*

Consigliere Leitner, ha la parola per l'illustrazione.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Vorneweg eine kleine Korrektur! Im deutschen Text müsste es natürlich "ein unerträgliches Ausmaß" und nicht "ein erträgliches Ausmaß" heißen. Es ist richtig übersetzt und deswegen auch richtig verstanden worden.

Ich komme gleich zum beschließenden Teil! Selbstverständlich ist es nicht mehr möglich, innerhalb der laufenden Legislaturperiode eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Das ist klar. Der Beschlussantrag wurde am 4. September 2002 eingebracht und kommt erst jetzt zur Behandlung. Es ist mir schon klar, dass es in diesem Zeitraum, sprich kurz vor den Landtagswahlen, nicht mehr möglich ist, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen. Aber nichtsdestotrotz bin ich der Meinung, dass man sich über diese Thematik Gedanken machen muss, das heißt, wie man der Problematik in Zukunft Herr werden will. Jeder von uns sieht ja, was diesbezüglich im ganzen Land geschieht. Gerade jetzt, wo die Sommersaison losgeht, wird dieses Problem in bestimmten Gemeinden wieder akut, wenn längs der Straßen, im Wald und überall, wo Plätze auffindbar sind, Camper abgestellt werden, mit allen negativen Begleiterscheinungen. Man sollte schon eine Regelung schaffen, damit diese Wohnwagen bzw. Camper ausschließlich auf ausgewiesenen Plätzen abgestellt werden, auf denen dann auch die notwendigen Infrastrukturen vorhanden sind, sprich Stromanschluss, Wasseranschluss, Abwasserkanalisierung und dergleichen Dinge mehr. Was in diesem Bereich teilweise geschieht, spottet wirklich jeder Beschreibung und ist für ein Tourismusland sicherlich keine Visitenkarte.

Andererseits wissen wir - das bestätigen die Zahlen -, dass der sogenannte Camper-Tourismus steigende Zahlen zu verzeichnen hat. Die Leute steigen auf diese Art von Tourismus um. Nicht nur in Südtirol ist das Problem bekannt. Man muss der Thematik entsprechend begegnen. Südtirol muss sehr wohl Interesse daran haben, diese Sparte von Touristen unterzubringen und zu bedienen, aber mit den jeweiligen Voraussetzungen und Infrastrukturen, die keine zusätzlichen Probleme schaffen. Um zukünftige Probleme zu vermeiden, brauchen wir eine Regelung, an die sich alle halten müssen, damit diese Sparte im Tourismus besser definiert, besser organisiert und besser behandelt werden kann. Ich habe in den Prämissen einen Satz fettgedruckt hineingeschrieben, was die derzeitige Regelung der Campings anbelangt: "*Campings zählen zu den sogenannten nicht gasthofähnlichen Beherbergungsbetrieben.*" So heißt es im Gesetzestext in den entsprechenden Bestimmungen: "*Laut bestehender Definition sind sie öffentliche Beherbergungsbetriebe unter einheitlicher Führung, die wenigstens zwanzig Stellplätze auf eingezäuntem Gelände für Touristen bereitstellen, welche in der Regel mit Zelten, Wohnwagen oder ähnlichem dort übernachten; sie müssen entsprechen ausgestattet sein.*" Es ist also klar definiert. Ich denke, dass wir großes Interesse daran haben müssen, diesen Bereich besser in den Griff zu bekommen, weil er nicht nur für die Einheimischen, sondern auch für andere Kategorien von Gästen Probleme schafft. Es wird sicherlich ein Nebeneinander von Hotellerie, Camping und anderen Formen der touristischen Unterbringung geben, aber immer mit klaren Spielregeln. Es darf nicht so sein, dass hier einzelne Abgaben nicht bezahlt und bestimmte Dienste trotzdem in Anspruch genommen werden. Das wäre nicht gerecht. Deshalb muss man eine Form finden, um den Camper-Tourismus in den Griff zu bekommen. Ich kann es mir nur so vorstellen, dass man dafür entsprechende Flächen

ausweist. Derzeit haben die Gemeinden aufgrund der lückenhaften Gesetzeslage kaum Spielraum bzw. wenige Möglichkeiten, dies auch einzugrenzen bzw. zu kontrollieren. Man muss es sicherlich in Zusammenarbeit mit dem Gemeindenverband bzw. mit den Gemeinden machen. Wie wir wissen, sind ja einige Gemeinden ganz besonders stark von dieser Art des Tourismus betroffen. Ich denke jetzt beispielsweise an das - ich bin erst kürzlich durchgefahren - Antholzertal, wo die entsprechenden Parkplätze nicht vorhanden sind und sehr viele Camper längs der Straße abgestellt werden. Das führt teilweise zu einem Verkehrschaos, zu Verkehrsproblemen, zu Gefahrenquellen und dergleichen Dingen mehr. Es geht vor allem um die Abwasserentsorgung. Ich erwarte mir von der Landesregierung, dass man hierzu klar Stellung bezieht und die Richtlinien so festlegt, dass sich auch diese Art von Touristen an bestimmte Spielregeln halten muss. Was die Möglichkeit der Stellplätze anbelangt, sollte man sie nur auf solchen Flächen zulassen, die dafür ausgewiesen sind und - wie gesagt - über die entsprechenden Strukturen verfügen, wie beispielsweise Wasser, Strom, Abwasser usw. Ich beziehe mich auf diese Dinge, die es unbedingt braucht, um diesen Tourismus auch als Tourismus erscheinen zu lassen und nicht als Wildparkerei mit folgender Umweltverschmutzung und dergleichen Dingen.

Aus diesen Gründen ersuche ich die Landesregierung, hier eine gesetzliche Grundlage zu schaffen! Ich beantrage, dass man im beschließenden Teil den Passus "noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode" streicht, weil das technisch sicherlich nicht mehr möglich ist, außer man würde eine entsprechende Regelung ins Finanzgesetz einbauen. Dafür bin ich allerdings nicht, weil ich stets sage, dass man bei der Haushaltsdebatte nur jene Dinge behandeln soll, die auch damit zu tun haben. Man kann jetzt schon die Voraussetzungen für die nächste Legislaturperiode schaffen und die Thematik besser regeln, als es bisher der Fall war.

FRICK (Landesrat für Handel, Handwerk und Fremdenverkehr – SVP): Wir stellen gemeinsam fest, dass Camper sich oft nicht an die Regeln halten. Meine These ist, dass sowohl aus der Sicht der Straßenverkehrsordnung als auch ganz besonders auf der Basis der Landesgesetzgebung im Bereich Umwelt- und Naturschutz normative Voraussetzungen gegeben sind, um zu verhindern, was hier zurecht beklagt wird. Die Frage ist, wie es durchgesetzt wird. Die Frage ist aber auch, wo es kontrolliert wird. Wir hören von Touristikern gerade in Richtung meines Assessorats immer wieder Klagen darüber, dass nicht in entsprechender Art und Weise kontrolliert wird. Was heißt das im Konkreten? Das bedeutet ganz konkret, dass wir an der Norm nichts ändern müssen, sondern dass wir gemeinsam - ich werde diesen Hinweis des Landtages und des Kollegen Leitner von heute auch noch einmal dazu verwenden - intervenieren müssen, sowohl bei den Polizeikräften auf Ortsebene als auch bei der sogenannten Staatspolizei, aber auch bei unseren eigenen Mitarbeitern im Bereich Landschaftsschutz und Naturpark, dass die bestehenden Normen rigoros eingehalten werden. Vor allem geht es immer um die Frage, ob es sich um parken oder campieren han-

delt. Es ist hier sehr korrekt verwendet worden. Wir haben nichts gegen das Parken eines Campers. Das könnten wir aufgrund der staatlichen Normen über die Straßenverkehrsordnung nicht unterbinden. Aber wenn eine gewisse Zeit überschritten wird, dann wird aus dem Parken ein Campieren. Folglich werden auch die Belastungen für die Natur, insbesondere im Zusammenhang mit Abwasser, im Winter vor allem im Zusammenhang mit Heizung und Abluft, was eine Verschlechterung der Luftqualität zur Folge hat, spürbar. Wir werden dies gemeinsam unternehmen. Wie gesagt, ich gehe davon aus, dass über mein Assessorat und möglicherweise über ein Rundschreiben des Landeshauptmannes auf die strikte Einhaltung der schon bestehenden und aus meiner Sicht heute auch ausreichenden Norm hingewiesen wird.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin! Ich nehme zur Kenntnis, dass die Landesregierung das Problem sowohl kennt, als auch einer besseren Lösung zuführen will. Ob die gesetzliche Grundlage dafür ausreicht, bin ich mir nicht so sicher. Der Landesrat sagt, dass man an der gesetzlichen Norm nichts ändern braucht, man müsse nur die Ordnungskräfte und die Bediensteten des Amtes für Natur- und Landschaftsschutz dazu animieren, klarer und härter vorzugehen. Es hat bisher nicht funktioniert. Das ist ja das Problem! Wenn die Norm wirklich ausreichend wäre, dann würde es an uns liegen, das heißt, es würde an den mangelnden Kontrollen der Ordnungskräfte, beispielsweise auch an den Bediensteten der Naturparks bzw. an allen, die mit Forst- sowie Landschafts- und Naturschutz zu tun haben, liegen. Aber gerade von dort her kommt ja auch die Mahnung bzw. die Aufforderung an uns, gesetzliche Klarheit zu schaffen. Der Landesrat sagt, dass das Gesetz klar definiert ist und somit ausreicht. Das stimmt schon. Man kann lange darüber streiten, ob man jetzt parkt oder campiert. Gibt es, zeitlich gesehen, einen Rahmen, der für das Parken gilt? Wann beginnt das Campieren? Darüber kann man wahrscheinlich mit den Gästen streiten. Ich weiß es nicht. In der praktischen Umsetzung liegt das Problem. Es geht sehr wohl darum, dass die Plätze in den Gemeinden ausgewiesen werden. Fremdenverkehrsge- meinden müssen ein Interesse daran haben, diese Art von Touristen nicht zu verlieren. Ich sage noch einmal, dass es sich um einen beachtlichen Anteil von Touristen handelt. Ich denke, dass der Camper-Tourismus im Steigen begriffen ist. Das sieht man europaweit. Jeder, der selber Reisen unternimmt oder beruflich in anderen Ländern unterwegs ist, bekommt es irgendwo auch mit. Man kann sich die entsprechenden Zahlen anschauen. Meines Wissens ist der sogenannte Camper-Tourismus eine steigende Sparte im Tourismus. Deshalb sollten wir danach trachten, diese Leute zu halten. Das ist klar. Der Camper-Tourist stellt an und für sich den gleichen Tourist dar wie jemand, der mit dem Bus oder mit dem Privatauto kommt. Die Freiheit, sich den Urlaub selbst zu gestalten, gestehe ich jedem zu. Aber ich kann von ihm verlangen, dass er sich an die Spielregeln der Gesellschaft sowie an die Weisungen und Bestimmungen der entsprechenden touristischen Länder und Gemeinden hält. Er kann nicht tun und lassen, was er will, während sich andere an bestimmte Normen zu halten haben. Es ist

sicherlich ein Problem, das nicht so leicht in den Griff zu bekommen ist. Das weiß ich schon. Zumindest nimmt man zur Kenntnis, dass man etwas tun muss. Die Landesregierung ist der Meinung, dass es bei den Gesetzen und bei der Norm keine Änderungen braucht. Das sehe ich nicht so, zumindest im Bereich der Kontrolle. Es ist schon ein guter Schritt in die richtige Richtung. Ich denke, dass alle ein Interesse daran haben. Ich wiederhole noch einmal: Es ist keine gute Visitenkarte für das Land, wenn diese "Wildcampiererei" anhält, und zwar mit allen negativen Folgeerscheinungen. Der Landesrat hat es ja gesagt. Im Winter sieht man, dass die Leute teilweise schon um 9.00 Uhr zum Skifahren auf die Piste gehen und deshalb bereits um 7.00 Uhr der Rauch aus diesen Campern aufsteigt, da sie vorwärmen müssen und weiß Gott noch alles. Wie gesagt, eines ist, wenn man es innerhalb eines bestimmten Rahmens, auf bestimmten Plätzen, wo die entsprechenden Einrichtungen vorhanden sind, zulässt. Aber man darf es nicht "wild" in der Landschaft tolerieren. Deshalb ersuche ich, hier wirklich nach dem Rechten zu sehen und alle Möglichkeiten der Kontrolle auszuschöpfen, wenn man schon der Meinung ist, dass es rechtlich bzw. normativ keiner Änderung bedarf!

PRESIDENTE: Metto in votazione la mozione: respinta con 5 voti favorevoli e i restanti voti contrari.

Punto 21) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 512/02 del 16.9.2002, presentata dal consigliere Seppi, riguardante la vendita di bevande alcoliche alle manifestazioni pubbliche e nei locali pubblici della provincia."**

Punkt 21 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 512/02 vom 16.9.2002, eingebracht vom Abgeordneten Seppi, betreffend den Verkauf von alkoholischen Getränken bei öffentlichen Veranstaltungen und in den Gastbetrieben in Südtirol."**

Vendita di bevande alcoliche alle manifestazioni pubbliche e nei locali pubblici della Provincia.

Considerato l'alto numero di giovani che stanno abusando nel consumo di bevande alcoliche ed i disagi sociali che tale grave situazione sta provocando, aggiunto agli incidenti non solo stradali, dovuti allo stato di ebbrezza con cui un sempre maggiore numero di giovani avventori abbandona a tarda ora i locali pubblici, i bar, i pub e le sale da ballo della provincia, è necessario ricercare dei rimedi che pongano un freno a tale situazione giunta oramai a dei livelli di vera e propria emergenza.

Bisogna prendere finalmente atto di questa pesante situazione avverso la quale nulla si sta ricercando in termini realmente propositivi, e quindi alternativi, a tutto ciò che possa essere catalogato nei termini di puri e semplici divieti. Benché quindi convinti che non è vietando che si ottengono dei risultati soddisfacenti ma che gli stessi si possono

eventualmente conseguire con campagne di vero e proprio convincimento etico ed umano, riteniamo comunque doveroso adoperarci per tentare di arginare il fenomeno, perseguendo l'unica strada possibile nell'immediato.

I controlli, specialmente nelle serate di venerdì e sabato e nelle numerose feste campestri e manifestazioni popolari che si tengono in molti comuni della Provincia, dovrebbero essere eseguiti in modo capillare e continuo per verificare che la vendita di bevande alcoliche sia effettuata solo a chi ne ha il diritto.

A ciò si dovrebbe a nostro avviso aggiungere l'innalzamento dell'età minima per essere autorizzati all'acquisto ed al consumo di bevande alcoliche, fissandola a 18 anni.

si impegna

LA GIUNTA PROVINCIALE

- *a sollecitare gli organi statali, provinciali e comunali preposti all'ordine pubblico, ad eseguire maggiori e più capillari controlli sulla vendita di bevande alcoliche visto che le stesse possono essere consumate ed acquistate solo da chi ha superato i limiti di età attualmente in vigore.*
- *Ad elevare l'età minima per l'acquisto ed il consumo di bevande alcoliche nei pubblici esercizi e nelle manifestazioni campestri site nella Provincia di Bolzano, stabiliti dalle normative attualmente in vigore, fissando il divieto ai minori di 18 anni, coincidenti con il raggiungimento della maggiore età.*

Verkauf von alkoholischen Getränken bei öffentlichen Veranstaltungen und in den Gastbetrieben in Südtirol

Angesichts der vielen Jugendlichen, die zu viel alkoholische Getränke zu sich nehmen und des daraus folgenden sozialen Unbehagens, und in Anbetracht der Unfälle, die sich nicht nur im Straßenverkehr ereignen, die auf den betrunkenen Zustand zurückzuführen sind, in dem immer mehr Jugendliche die öffentlichen Gastbetrieben, Bars, Pubs und Tanzlokale unseres Landes zu später Stunde verlassen, muss nach Lösungen gesucht werden, um dieser nahezu unerträglichen Situation Einhalt zu gebieten.

Wir müssen uns dieser schwerwiegenden Situation endlich bewusst werden, gegen die es derzeit keine reellen Lösungsvorschläge und folglich keine Alternativen zu den als einfache Verbote einzuordnenden Verfügungen gibt. Auch wenn man weiß, dass nur mit Verboten keinerlei zufriedenstellende Ergebnisse erzielt werden können, sondern dass selbige wenschon mit wirklichen Überzeugungskampagnen auf ethischer und menschlicher Ebene erreicht werden, so glauben wir doch, dass es unsere Pflicht ist, uns für eine Eindämmung dieses Phänomens einsetzen zu müssen, indem der derzeit einzige begehbare Weg eingeschlagen wird.

Die Kontrollen müssten insbesondere am Freitag und Samstag Abend und anlässlich der zahlreichen Wiesen- und Dorffeste in vielen Gemeinden unseres Landes flächendeckend und andauernd durchgeführt werden, damit der Ausschank von alkoholischen Getränken nur an wirklich Berechtigte erfolgt.

Zusätzlich müsste unserer Meinung nach das Mindestalter für den Kauf und Konsum von alkoholischen Getränken auf 18 Jahre angehoben werden.

*Die Landesregierung
wird verpflichtet,*

- *die für die öffentliche Sicherheit zuständigen Staats-, Landes- und Gemeindebehörden zu einer strengeren und flächendeckenderen Überwachung des Ausschanks von alkoholischen Getränken anzuhalten, nachdem selbige nur von Personen angekauft und konsumiert werden dürfen, die die derzeit gültige Altersgrenze überschritten haben.*
- *Das in den geltenden Bestimmungen festgelegte Mindestalter für den Ankauf und Konsum von alkoholhaltigen Getränken in Gastbetrieben und auf Wiesenfesten zu erhöhen, wobei das Verbot auf alle unter 18-Jährigen ausgedehnt werden und folglich mit der Volljährigkeit übereinstimmen sollte.*

La parola al consigliere Seppi per l'illustrazione.

SEPPI (Unitalia – Movimento Sociale F.T.): Non ho ragione di dubitare che i colleghi conoscano la situazione di disagio che stiamo vivendo specialmente in Alto Adige per una sempre maggiore presenza di giovani che abusano di bevande alcoliche. Questo fenomeno non lo possiamo considerare legato, come leggiamo sui giornali, alle questioni relative agli incidenti stradali, alla guida in stato di ebbrezza, ad incidenti stradali causati da questa pesante situazione, ma è anche una questione etica, perché non è pensabile che lo sport di tanti giovani possa essere quello di ubriacarsi il venerdì o il sabato solo perché diventa un'abitudine o perché non c'è altro di meglio da fare. In questo senso ci si sta muovendo, ma non sufficientemente da arginare un fenomeno sempre più in espansione. Non è con i divieti – il proibizionismo americano ce lo ha insegnato – che si eliminano determinate condizioni, ma anche con i divieti si possono cercare di sensibilizzare in maniera diretta le persone, le famiglie, e presentarsi all'opinione pubblica con nuove ragioni etiche e umane. Non ho capito quindi perché il divieto di vendita di alcolici, quando esso viene fatto per il consumo diretto - bar, pub, locali da ballo - non debba essere portato a 18 anni. Mi si risponderà che è una normativa nazionale. Assessore, quando non ci vanno bene le normative nazionali possiamo in qualche modo eluderle. Penso che si possa avere una legislazione locale diversa. Se ciò non fosse consentito per questioni di più alto valore giuridico, ritengo che comunque il Consiglio provinciale potrebbe farsi carico di sollecitare lo Stato affinché cambi la regola attualmente in vigore, cioè che da 16 anni il divieto venga portato a 18.

Il secondo punto è di cercare, nelle situazioni di controllo e verifica che avvengano in fase di vendita, di controllare la vendita. Non ho mai visto vigili urbani o polizia verificare che davvero la vendita delle bevande alcoliche venga fatta a ragazzi che hanno, nel rispetto dell'attuale legislazione in vigore, compiuto 16 anni. Magari

avviene anche, ma se anche avviene è talmente in maniera sporadica e limitata che non serve a limitare il problema. Bisogna sollecitare gli organi competenti ad agire in questo modo, perché è molto più importante prevenire che curare, di conseguenza è importante avere qualche pattuglia in più per questo tipo di verifica che non ritirare patenti sulle strade, quando magari avviene a seguito di incidente grave. Non viene fatta prevenzione in questa direzione o, se viene fatta, è molto blanda. Sarebbe interessante sapere quanti verbali sono stati eseguiti negli ultimi due anni dalle forze dell'ordine a locali pubblici o a chi avesse la licenza per la vendita di alcolici a ragazzi con età inferiore ai 16 anni. Sono convinto che saranno forse 10. Se questa prevenzione non viene fatta, ci troviamo nella condizione di sollecitare gli organi competenti a farla.

Penso che l'importanza della questione in oggetto meriti l'attenzione di tutti, perché davvero è un problema che raggiunge dei livelli che bisogna cercare di diminuire.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin! Über ähnliche Themen haben wir hier schon des öfteren diskutiert. Absicht und Wille sind sicherlich vorhanden, eine Situation zu verbessern, welche in unserem Land dramatische Ausmaße angenommen hat. Das wissen wir. Unlängst hat auch die Regierung mit einem Ansinnen, die Diskothekensperrstunden eine Stunde vorzuverlegen, den Versuch unternommen, den Alkoholkonsum bzw. die Verkehrsunfälle einzuschränken. Dahingehend sehe ich in den letzten Jahren sehr viele Versuche. Man dreht sich aber mehr oder weniger immer im Kreis. Ich nutze die Gelegenheit, um einen Satz dazu zu sagen. Es ist wahrscheinlich wenig damit angefangen, die Sperrstunden von 4.00 Uhr auf 3.00 Uhr in der Früh vorzuverlegen, denn in der Zeit vorher hat jemand, wenn er trinken will, viele Möglichkeiten, dies doch zu tun. Also geht es um das Problem des Alkoholkonsums generell. Ich glaube nicht, dass man zwischen 3.00 und 4.00 Uhr morgens mehr Alkohol konsumiert als vielleicht zwischen 23.00 und 24.00 Uhr. Ich weiß es nicht. Ob man damit die Unfälle reduzieren kann, weiß ich auch nicht. Es findet eine andere Diskussion statt. Man verschiebt die Problematik von den Diskotheken in die Pubs, von den Pubs in die Gasthäuser. Wo getrunken wird, ist schlussendlich nicht entscheidend. Die Problematik ist, dass junge Leute heute ohne Probleme Zugang zum Alkohol haben. Wenn uns Diskothekenbesitzer sagen, dass sie beispielsweise keinen Superalkohol ausschenken, aber die Jugendlichen sich diesen Superalkohol selber mitnehmen, da sie ihn ja in jedem Geschäft zu kaufen bekommen, dann ist die Problematik viel weiter zu fassen. Wenn Jugendliche heute in eine Diskothek gehen, sich eine Cola bestellen und dann aus dem Rucksack die Schnapsflasche herausziehen - so wird es geschildert -, dann frage ich mich, wo man ansetzen soll. Da muss die gesamte Gesellschaft zusammenwirken! Ich habe hier oft das Beispiel der nordischen Länder gebracht, weil ich dort des öfteren gewesen bin. Dort gibt es eigene Alkoholgeschäfte, in welche keine Jugendliche unter 18 Jahren nicht hineinkommen. Diese haben überhaupt keinen Zutritt. In normalen Geschäften bekommt man keinen Superalkohol zu kaufen.

Bestenfalls gibt es Bier zu kaufen. Das heißt aber nicht, dass es dort keine Alkoholprobleme gibt. Das muss man dazusagen. Wo Verbote sind, ist auch der Schwarzmarkt vorhanden. Das ist ein altbekanntes Phänomen und ist folglich auch in den nordischen Ländern so. Jeder, der einmal auf einer Fähre zwischen Schweden und Dänemark oder meinetwegen zwischen Finnland und Estland war, weiß, welche Exzesse es gibt, wenn die Leute in ein Gebiet kommen, wo dieses Verbot nicht mehr herrscht. Das Phänomen des Alkoholismus wird damit an und für sich nicht bekämpft. Aber der Jugendschutz ist ein wesentliches Anliegen des Einbringers und sollte auch unser Anliegen sein. Die Bestimmungen sind so zu erlassen, dass man diesen Jugendschutz bestmöglich garantieren kann. Aber ohne Eigenverantwortung - das ist das Entscheidende - und ohne Mithilfe der gesamten Gesellschaft, werden wir dieses Problems nicht Herr werden. Wir werden es so nicht lösen, sondern nur im Kreis herumschieben. Jetzt hat man die Diskothekenbesitzer auf dem Hals, da sie Geschäftsschädigung anmahnen. All das sind Thematiken, die man als verantwortlicher Politiker zu berücksichtigen hat. Dann soll man gleich sagen, dass die Diskotheken gesperrt werden müssen, weil sicherlich keine Gewinnchancen mehr gegeben sind. Somit machen die Pubs das Geschäft. Es hat sich verschoben. Die Diskotheken werden folglich zu Pubs umfunktioniert werden. Man hat allerdings das Problem des Alkoholkonsums nicht gelöst.

KLOTZ (UFS): Ich hätte einige Fragen, Herr Landesrat, weil es kaum eine politische Gruppierung oder Partei gibt, die sich mit dieser Zeiterscheinung nicht befasst und nicht dazu beigetragen hat, um vor allem junge Leute aufzuklären und anzuhalten, den Alkoholkonsum einzuschränken, und zwar nach dem Motto: "Ich habe noch etwas vor". So hat auch unsere Jugendorganisation landesweit Plakate mit dem Text "Nein, danke, ich habe noch etwas vor" aufgehängt. Auch die Landesregierung, vor allem das Assessorat Saurer, hat in den letzten Jahren Broschüren drucken lassen und Initiativen in den Schulen gestartet, um die jungen Leute aufzuklären und anzuhalten, ihr Leben nicht wegzuwerfen und nicht volles Risiko mit einem Vollrausch einzugehen. Deshalb die Frage an Sie: Kann man einen Erfolg ablesen? Kann man feststellen, dass das im Verhalten der jungen Leute etwas geändert hat? Die Maßnahmen in Bezug auf die Herabsetzung des Mindestalters für den Ankauf und Konsum ist so gut, wie gut die Kontrolle ist. Wir hören ja immer wieder, dass die jungen Leute angeblich - ich weiß es nicht - in den Diskotheken gar nicht einmal so viel Alkohol konsumieren, sondern dass sie sich den Alkohol im Supermarkt besorgen. Bevor sie in die Diskotheken gehen bzw. nach dem Diskothekbesuch konsumieren sie den mitgebrachten Alkohol. Sie trinken sich außerhalb der Diskotheken entsprechend Mut an. Sehr häufig ist dies der Fall. Herr Landesrat, wenn in Punkt 2 verlangt wird, das Mindestalter für den Ankauf und Konsum von alkoholhaltigen Getränken in Gastbetrieben und auf Wiesenfesten zu erhöhen, wobei das Verbot auf alle unter 18-Jährigen ausgedehnt werden und folglich mit der Volljährigkeit übereinstimmen sollte, dann stelle ich fest, dass hier keine Rede von den Geschäften ist. Wie sieht es damit aus? Wenn das

stimmt, was immer wieder gesagt wird, dass die Jugendlichen in den Gastbetrieben, Diskotheken und Pubs gar nicht so viel Alkohol konsumieren, sondern sich diesen im Supermarkt kaufen, frage ich mich, ob es gesetzlich eine Möglichkeit gibt, auch dort strengere Maßnahmen zu setzen, Kontrollen einzuführen bzw. das Personal anzuhalten, im Zweifelsfall auch den Ausweis zu verlangen, wenn sich sehr junge Leute Whisky, Vodka oder dergleichen kaufen! Ich bin gleich am Ende, Frau Präsidentin! Die Maßnahme betreffend die Gaststätten und Diskos allein wäre sowieso zu wenig. Wennschon müsste der Ankauf in den Geschäften genauer kontrolliert werden.

KURY (GAF-GVA): Ganz kurz, nur um einen Fall vorzubringen, mit dem ich in letzter Zeit des öfteren konfrontiert worden bin! Ich weiß eben nicht genau, an wen ich mich diesbezüglich wenden soll, weil ich immer wieder gegen Gummiwände laufe. Ich beziehe mich auf die Situation in den Talferwiesen von Bozen, wo am Wochenende regelmäßig Feste stattfinden. Man hat mich kontaktiert, weil sich dort offensichtlich ganz junge Jugendliche zwischen 12 und 13 Jahren regelmäßig betrinken und die Talferwiesen verwüsten. Es liegen Glasscherben usw. herum. Ich deponiere es jetzt bei Landesrat Werner Frick, auf dass dieser Sache bitte nachgegangen werde, da mich dies schon bedenklich stimmt. Ich bin zwar der Meinung, dass das Problem Alkohol nicht so einfach mit Verboten zu lösen ist, da es sich um ein gesellschaftliches Problem handelt. Man sollte es nicht ausschließlich auf die Jugendlichen zuspitzen, weil die Jugendlichen eigentlich nur das nachmachen, was die Erwachsenen vormachen. Aber in diesem spezifischen Fall denke ich, dass Kontrollen sehr wohl helfen könnten. Ich möchte Landesrat Frick ganz offiziell ersuchen, dafür zu sorgen, dass solche Kontrollen durchgeführt werden. Ich erlaube mir nachzufragen, ob es stimmt, was man mir erzählt! Wenn das stimmt, dann denke ich, dass man hier massiv bzw. regelmäßig, das heißt ein, zwei, drei Wochenenden durch, kontrollieren müsste. Dann könnte der Missstand vielleicht einigermaßen behoben werden. Danke!

FRICK (Landesrat für Handel, Handwerk und Fremdenverkehr – SVP): Danke für das Wort. Liebe Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Wortmeldungsreihungen haben sehr eindrücklich gezeigt, wie vielschichtig und wie schwierig das aufgeworfene Problem ist. Wir alle haben im Grunde genommen eigentlich kein Patentrezept dafür, wie man imstande ist, dem beschriebenen Problem, das ja eine Geisel von modernen Gesellschaften wurde, Herr zu werden. Meine persönliche These dazu ist, dass das allfällig auch zu verschärfende Verbot an und für sich nicht der entscheidende Ansatz ist. Das Verbot soll dort greifen, wo gravierendste Gefahren vorliegen, vor allem für Dritte. Ich denke in diesem Zusammenhang besonders an den Autoverkehr. Dort hat sich normativ sowie auch in Bezug auf das Durchgreifen der Ordnungskräfte einiges entwickelt. Es scheint mir wichtig zu sein - das ist überhaupt der entscheidendste Ansatz -, dass, wenn es jemanden in unserem nahen Umfeld erwischt, man auch zu der Sache steht. Generell muss man sich die Frage

stellen, wie wir als Gesellschaft mit dem Alkohol umgehen. Ich glaube, die Gefährdung durch den Alkohol bzw. durch den falschen Einsatz des Alkohols wird bagatellisiert. Das ist der Erfahrungshintergrund von mehr oder weniger jungen Menschen, so auch das Fehlen von "sozialen Kontrollen" von Freunden und Erziehern. Dort scheint mir der wesentliche Ansatzpunkt zu sein, kombiniert natürlich mit der Informationsarbeit. Insbesondere in Richtung Jugendliche ist es unsere verdammte Pflicht, ihnen die Zusammenhänge deutlich zu machen, auf dass sie schlussendlich selber entscheiden können. Meiner Auffassung nach sollte man es nicht als glattes Verbot darlegen oder irgendwie als Aussage, dass Alkohol gefährlich bzw. ein Problem ist, sondern es geht vor allem um den sorgsam und vernünftigen Umgang mit Alkohol. Ich sage das jetzt nicht nur aufgrund des Umstandes, dass wir in Südtirol selbst Alkohol produzieren und uns damit auch rühmen, weil unser Wein eine sehr hohe Qualität hat. Ich sage es aus der Überzeugung heraus, dass Alkohol ein Genussmittel ist. Es geht jetzt nicht darum, ihn partout zu verteufeln, sondern alle und insbesondere die jungen Menschen darauf hinzuweisen, dass man mit Alkohol verantwortungsbewusst umzugehen hat.

Es ist zurecht darauf hingewiesen worden, dass es in den verschiedenen Ortschaften so etwas wie einen Sport gibt. Insbesondere an Feiertagen beschließen ganze Gruppen - das ist jetzt der zentrale Inhalt der Gestaltung des Sonntags -, sich so schnell wie möglich in irgendeiner Form volllaufen zu lassen. Dort gilt dasselbe, was ich vorhin im Zusammenhang mit den Gastbetrieben gesagt habe. Nur ein Verbot nützt sicher nichts! Nur mittels Jugendarbeit, alternativen Angeboten, Begleitung und Information kann man darauf hinarbeiten, dass der Jugendliche aus der Sicht der Erwachsenen "vernünftige" Arten der Freizeitgestaltung sieht, so wie es glücklicherweise beispielsweise viele Sportorganisationen, kirchliche Organisationen, Alpinorganisationen und auch berufsständische Organisationen machen, und zwar durch konkrete Angebote der Freizeitgestaltung und des Gemeinschaftserlebnisses. Das halte ich für den besseren Weg. Gerade in den Ortschaften könnte man vielleicht noch etwas mehr anbieten. Man sollte sich gemeinsam darum bemühen, und zwar nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch diese Organisationen mit dem Engagement der Menschen in Richtung Jugend- und Kulturarbeit.

Zu den Normen, die das Gastgewerbe regeln! Es ist die Norm, die den Verkauf von Alkohol an Jugendliche unter 16 Jahren verbietet, zitiert worden. Ich weiß auch, dass insbesondere Landeshauptmann Durnwalder diese Dinge in der Konferenz der öffentlichen Sicherheit beim Regierungskommissariat aufgeworfen und darauf hingewiesen hat, dass entsprechend kontrolliert werden muss. Was in der Norm für das Gastgewerbe genauso drinnen steht, ist, dass einem manifest Betrunkenen nichts mehr ausgeschenkt werden darf. Dieser Punkt ist zumindest in Südtirol in sehr vielen Fällen, obwohl es herrschendes Gesetz ist, kaum konsequent genug zur Anwendung gekommen. Hingegen merke ich, dass die Kontrolle der Identitätskarte beim Einlassen in die Diskos und beim Ausschank da und dort durchgeführt wird, wenngleich vielleicht nicht in genügendem Ausmaß. Vor allem bei den Festen ist die Regelmäßigkeit der

Kontrolle nicht in dem Maß vorhanden wie bei den Betrieben. Der Betrieb arbeitet jeden Tag. Da gibt es eine gewisse Form der Organisation der Ordnungskräfte. Gefährlicher und schwieriger ist es bei den Festen, weil sie eben sporadisch, einmal da und einmal dort, mehrtägig oder eintägig abgehalten werden. Ich glaube schon, dass man in diesem Zusammenhang noch mehr machen könnte. Die Norm besagt, dass die kurzen Feste von der Gemeinde genehmigt werden können. Die Ermächtigung zur Abhaltung mehrtägiger Feste liegt in der Hand des Landeshauptmannes, auch was die Dauer des Festes und dessen Schließzeit angeht. Dort wird man auf jeden Fall dafür Sorge tragen müssen, dass entsprechende Kontrollen durchgeführt werden.

Jetzt zum Problem der Geschäfte, welches spezifisch aufgeworfen wurde! Die einschränkenden Normen, die ich zitiert habe, sind Normen, die ausschließlich für das Gastgewerbe gelten. Im Unterschied zu anderen Ländern, insbesondere den nordischen Ländern, ist der Konsum von Alkohol überhaupt nicht geregelt, auch nicht im Jugendschutzgesetz. Der Einkauf im Einzelhandel ist ebenso nicht geregelt. Es handelt sich natürlich um eine gesamtstaatliche Norm, die durch ein Staatsgesetz erlassen wurde. Infolgedessen bin ich überzeugt, dass es sehr schwierig ist, diese zu ändern. Dort gilt nämlich dasselbe: Wenn ein 16- oder 17-Jähriger den Alkohol nicht kaufen darf, dann wird ihn sein 18-jähriger Bruder besorgen. Der Alkohol wird im Keller gehortet und so verfügt man dann über Whisky, Vodka usw., den man ins Lokal mitnehmen kann. Dieses Phänomen ist mir öfters beschrieben worden, weil es nicht nur zu einem unkontrollierten Konsum von Superalkoholika von Jugendlichen, die jünger als 16 Jahre alt sind, führt, sondern auch bei den Betreibern dieser Betriebe als geschäftsschädigend - wenn ich so sagen darf - empfunden wird, da ja entsprechende Umsätze verloren gehen. Aber insgesamt ist gerade bei den sogenannten Abendlokalen - ich denke besonders an Diskos - die Aussage der Arbeitsgruppe der Diskobesitzer, die, dass in den letzten zwei, drei Jahren - wahrscheinlich aus finanziellen Gründen - der Konsum von hochalkoholischen Mixgetränken, die noch teurer sind als der reine Schnaps oder der reine Vodka, eher zurückgegangen ist. Diese sind einfach zu teuer, als dass man sich zwei, drei oder vier solcher Getränke an einem Abend leisten könnte.

Jetzt aber zur konkreten Frage, die durch diesen Antrag gestellt wird! Aufgrund des vorher Gesagten glaube ich nicht, dass wir in diese Richtung gehen können. Ich beziehe mich insbesondere darauf, dass man versucht, Normen zu finden, die den Konsum geradezu verbieten. Wir müssen in dieser Überzeugungs- und Informationsarbeit sowie in der Erbringung alternativer Angebote weiterfahren. Es wurde auch die spezifische Frage gestellt, welchen Erfolg die verschiedenen Tätigkeiten bisher gebracht haben. Ich habe keine Zahlen, kenne aber die Aussage des Kollegen Saurer. Die offiziellen Daten über den Alkoholkonsum - das sind natürlich auch nicht die totalen Angaben - zeigen keinen besonderen Ausreißer nach oben, was uns natürlich beruhigen kann. Wir haben aber schon ein gewisses Level erreicht und es besteht die Notwendigkeit, entsprechende Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Eine davon wird heuer im Sommer noch einmal in einer entsprechenden Form in Dienst genommen

bzw. der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Das heißt also, wenngleich wir alle, die jetzt gesprochen haben, diese Sorge teilen, glaube ich nicht, dass der Vorschlag, so wie er hier von Kollegen Seppi formuliert wurde, in die richtige Richtung geht. Deshalb bin ich nicht dafür, dass wir den Antrag genehmigen!

PRESIDENTE: Do lettura dell'emendamento presentato dai consiglieri Klotz e Seppi: "Nel punto 2 della parte impegnativa inserire dopo le parole "nei pubblici esercizi" una virgola nonché le parole "nei negozi"."

"Im Punkt 2 des beschließenden Teils nach dem Wort "Gastbetrieben" einen Beistrich und das Wort "Geschäften" einfügen."

Chi chiede la parola sulla mozione così emendata? Collega Urzì, prego.

URZÌ (AN): Prendo la parola sull'emendamento e sulla mozione nel suo complesso, che fa riferimento quindi alla vendita di bevande alcoliche nei locali pubblici e consumo. Intervengo non solo per sostenere lo spirito della mozione, ma anche per prendere a spunto una vicenda accaduta solo due giorni fa nel consiglio comunale di Appiano per approfondire il tema. E' un'esigenza diffusa quella del controllo non solo della vendita ma anche del consumo delle bevande alcoliche in provincia di Bolzano, è un'emergenza conclamata, come abbiamo avuto occasione in tante circostanze di verificare non solo dagli esiti drammatici dei rientri a casa dopo serate trascorse nei locali pubblici, ma anche per la diffusa consapevolezza di quello che è un problema che deve e può essere affrontato, rispetto al quale comunque sono state predisposte misure spesso significative da parte delle istituzioni pubbliche, non tali da risolvere la questione ma da affrontarla, da dare quindi dei segnali precisi in questa direzione, ma che comunque impone un impegno più ampio e articolato. Ebbene, tanta e tale è la diffusione della sensibilità e la consapevolezza del problema, ma non così capillare come si vorrebbe, tanto è vero che nel consiglio comunale di Appiano solo tre giorni fa una mozione presentata da Alleanza Nazionale, che riprendeva sostanzialmente i contenuti della mozione che oggi stiamo discutendo in questo Consiglio, è stata respinta con una motivazione mortificante da parte del sindaco che ha sostenuto che, pur essendo il tema necessario di attenta considerazione di tutte le forze politiche, anche della maggioranza del comune di Appiano, andava respinta in quanto la proposta veniva da Alleanza Nazionale. Tanto è vero che il documento bocciato è stato riproposto nell'eguale forma pochi minuti dopo, anche in contrasto con le norme statutarie del comune di Appiano, in forma di enunciazione di principio, votato dal Consiglio e approvato solo con i voti della maggioranza, e in modo particolare i voti della SVP. Ciò appare mortificante perché se c'era adesione rispetto ad un dovere di intervento per sanare una situazione che costituisce un problema aperto, questa adesione deve abbracciare le diverse parti politiche senza distinzione di colore e soprattutto senza rivendicazione di primati di uno rispetto all'altro.

Quanto accaduto nel comune di Appiano appare mortificante in senso assoluto, e in questa sede ritenevamo opportuno e doveroso citare l'episodio come aspetto non qualificante di più ampio impegno politico che deve abbracciare tutte le componenti politiche di questa nostra provincia alla ricerca di una soluzione del problema che anche questa mozione evidenzia.

SEPMI (Unitalia – Movimento Sociale F.T.): Ringrazio i colleghi che sono intervenuti, perché con qualche ragionevole modifica come quella proposta dalla collega Klotz che non ha fatto altro che migliorare questo documento che io non ero in grado di affrontare in maniera compiuta, hanno anche avuto modo di sottolineare quanto questo problema esista, hanno avuto modo di interpretare quali sono le ragioni delle famiglie, dei giovani, un problema sociale che si sta sviluppando e in qualche modo dilagando. D'altra parte invece l'assessore Frick ha dimostrato la totale mancanza di volontà di interpretare le ragionevoli volontà di questo problema, nascondendosi dietro ragionamenti che io nella mozione avevo svolto.

Sapevo benissimo che i divieti non sono sufficienti a risolvere il problema. Ma vorrei sapere se non ci fosse il divieto di parcheggiare la macchina nel centro storico e i vigili non facessero la multa di 60 euro, quante macchine ci sarebbero parcheggiate! Vorrei sapere se quando una persona uccide la suocera non facesse 20 anni di galera, quante suocere verrebbero uccise alla settimana! E la butto sul ridere! Non può ragionare in questi termini, perché proibire o vietare non ha mai significato risolvere in maniera assoluta il problema, ma significa creare i presupposti affinché il fatto stesso non dilaghi. Lei dice che non è giusto elevare a 18 anni il divieto, perché tanto anche il ragazzo di 14 anni può bere perché il compagno di 16 anni va a comprare la bottiglia. E' vero, ma allora non sarebbe nemmeno giusto lasciare i 16 anni! Come non sarebbe giusto, come io ritengo, inasprire una situazione perché davvero se la multa che si potesse dare, con una legislazione adeguata, a chi vende alcolici ad un ragazzo di età inferiore ai 16 anni fosse pari a quella di non aver rilasciato lo scontrino fiscale, vorrei vedere quanti lo farebbero! Il divieto sicuramente non serve per sensibilizzare determinate situazioni, sensibilizzazione da Lei esposta, ma non è sufficiente.

Ma quello che mi ha più meravigliato è il fatto che Lei non ha nemmeno preso in considerazione l'aspetto fondamentale di questa mozione, il primo punto, quello di sollecitare gli organi statali, comunali, comunque gli organi preposti, ad eseguire maggiori e più capillari controlli all'interno delle discoteche, dei locali bar e anche nei negozi. Questi controlli non avvengono mai! La carta d'identità l'ha vista chiedere Lei? Io vorrei sapere quanti in quest'aula possono testimoniare di aver visto chiederla ad un ragazzino che è entrato in un bar e ha ordinato una vodka. Forse sono l'unico a non averlo mai visto. Se qualcun altro l'ha visto, per cortesia, me lo dica. Lei è l'unico che l'ha visto? Forse quando vedono Lei tirano fuori la carta d'identità, però a me non è mai accaduto di vederlo.

Cerchiamo di essere obiettivi quando si pongono problemi di questo tipo, dando risposte adeguate! Siamo perfettamente d'accordo, lo dico io per primo che non è vietando che si risolve il problema, ma siamo d'accordo che vietando ci possono essere delle sensibilizzazioni diverse, perché il fatto che un poliziotto o un vigile faccia un verbale e mandi a casa un giovane di 15, 16 anni una comunicazione per cui i genitori dello stesso vengono a sapere che quel giovane quel giorno in quel locale si è ubriacato, può servire. A quel punto, forse, la tirata di orecchie e quattro sberloni del papà possono essere anche sufficienti, però questo avviene solamente se la famiglia viene avvisata. Del resto questo avviene già per il consumo di sostanze stupefacenti, perché qualsiasi ragazzo venisse "beccato" a farsi una canna in quei famosi giardini pubblici di cui parlava la collega Kury, viene immediatamente segnalato al commissariato del Governo, da dove viene chiamata la famiglia. Perché questo non deve succedere anche con l'uso di sostanze alcoliche nel momento stesso in cui scienza medica ci dice che la canna fa molto meno male dell'alcol? Ritengo che tante famiglie chiamate dal commissariato del Governo e avvisate del fatto che il figlio quindicenne si faceva le canne, con quattro sberloni hanno risolto il problema, perché era all'inizio, era una situazione del tutto occasionale, è accaduta, la sistema in famiglia. Ma se queste situazioni non si creano, il problema dilaga. Non sono sufficienti i manifesti in cui c'è scritto che la droga fa male o l'alcol fa diventare cretini per risolvere la questione. Ci vuole anche quello, ma ci vogliono tutta una serie di attenzioni che portino ad un disegno concreto.

Sono davvero allibito dalla Sua risposta, assessore. Sarebbe giusto che tutte le famiglie dell'Alto Adige, quelle che ricevono il "Dolomiten" in casa, sapessero che davanti ad una mozione di questo tipo il loro figlio potrà continuare ad ubriacarsi perché da parte Sua non c'è stata una presa di posizione seria. Non pretendo che voi abbiate la volontà politica di approvare quella mozione che Alleanza Nazionale ha presentato ad Appiano e che Unitalia presenta in questa sede, ma Lei doveva proporre delle alternative, doveva dire che la mozione non va bene perché noi abbiamo pensato di... Ma voi non pensate nulla, pensate solo di creare una serie di giovani sempre più alcolizzati in questa provincia, voi non avete pensato nulla. Alle mie proposte Lei non ha contrapposto un'alternativa, ma ha solo detto delle cose che sapevamo tutti, al punto che io stesso nelle premesse della mozione le avevo scritte.

URZÌ (AN): Sull'ordine dei lavori. La mozione impegna la Giunta provinciale a sollecitare gli organi statali, provinciali, comunali preposti all'ordine pubblico ad eseguire maggiori e più capillari controlli ecc. Al punto 2) si impegna la Giunta provinciale ad elevare l'età minima per il consumo e l'acquisto di bevande alcoliche nei luoghi pubblici. Si ritiene che la competenza della Provincia autonoma di Bolzano ad elevare l'età minima per l'acquisto e il consumo di bevande alcoliche ecc. non sia data. Penso che questo non fosse neppure nelle intenzioni del presentatore, non so, è un chiarimento che Le chiedo, forse può darsi che ci sia stato un equivoco nella tra-

scrizione e che il testo fosse formulato nel seguente modo: “*Si impegna la Giunta provinciale a sollecitare gli organi statali, provinciali, comunali preposti all’ordine pubblico: punto 1) ad eseguire maggiori e più capillari controlli, punto 2) ad elevare l’età minima.* Altrimenti chiedo la votazione separata dei due punti affinché il nostro voto possa essere contrario all’attribuzione della Provincia autonoma di Bolzano anche della potestà di definire l’età minima o massima per acquistare alcolici, perché questo potere non rientra nelle competenze della Provincia. O la formulazione è adeguata, oppure chiedo la votazione separata della parte impegnativa per punti.

PRESIDENTE: Va bene. Naturalmente errori di trascrizione non ce ne sono, perché questo è il testo che è stato consegnato. Forse il consigliere Seppi Le può dire qual era la sua intenzione, e comunque la votazione separata può sempre essere richiesta.

SEPPI (Unitalia – Movimento Sociale F.T.): Nell’illustrazione avevo specificato che non avendo una chiara cognizione giuridica sul fatto se questa competenza - io mi auguro che sia solo dello Stato - potesse comunque essere in qualche modo anche della Provincia, l’ho messa in questi termini. Ma ho specificato che se la legge non può concedere alla Provincia questa facoltà, questo impegno è fatto per sollecitare lo Stato in questo senso. Mi auguro che la competenza sia dello Stato, nel qual caso questo passaggio va interpretato come impegno della Giunta a sollecitare lo Stato e gli organi competenti ad elevare l’età minima.

PRESIDENTE: Pongo in votazione le premesse e il punto 1 della parte impegnativa: respinto con 7 voti favorevoli e i restanti voti contrari.

Pongo in votazione il punto 2 della parte impegnativa: respinto con 4 voti favorevoli e i restanti voti contrari. La mozione è respinta.

Il prossimo punto all’ordine del giorno è il disegno di legge n. 92/01. Ha chiesto di intervenire il consigliere Urzì, ne ha facoltà.

URZÌ (AN): Presidente, ringrazio l’assessore Mussner per la sua presenza, credo gli vada riconosciuto di essere fra gli assessori più presenti in aula nel corso dei lavori. Sarei felice della presenza dei tre assessori alla scuola, però la presenza dell’assessore Mussner può essere considerata assorbente la presenza degli altri, quindi se l’assessore ritiene di poter affrontare l’argomento, per me va bene.

PRESIDENTE: In ogni caso ricordo che andiamo avanti fino alle 12.15, quindi arriveremmo a leggere la relazione di questo disegno di legge, perché poi dobbiamo fare il bilancio di assestamento del Consiglio.

L'assessore Mussner dice che preferisce che il disegno di legge lo faccia uno degli assessori che è stato presente alla discussione in commissione, quindi andiamo avanti.

Scorrendo l'ordine del giorno, arriviamo al punto n. 34) dell'ordine del giorno.

Ha chiesto di intervenire la dottoressa Klotz, ne ha facoltà.

KLOTZ (UFS): Frau Präsidentin, darf ich Sie in diesem Zusammenhang ersuchen zu wiederholen, welche Landesräte sich für heute entschuldigt haben? Gestern hat man uns versprochen, man würde heute Früh einen Rundruf tätigen, um die Landesräte darauf hinzuweisen, dass heute Vormittag ganz regulär die Behandlung von Beschlussanträgen vorgesehen ist. Die Landesräte sollten daran erinnert werden, dass es ihre Pflicht ist, die Arbeiten im Landtag mitzugestalten und für die Beantwortung allfälliger Fragen zur Verfügung zu stehen.

PRESIDENTE: Consigliera Klotz, gli assessori giustificati sono: Kasslatte Mur, Gnechi, Hosp, Durnwalder e Di Pippo. Dobbiamo prendere ovviamente per buone le loro giustificazioni. Adesso sono presenti diversi assessori, c'è anche l'assessore Frick competente per il punto attuale, quindi non posso dire che in questo momento stiamo rallentando i lavori perché manca la Giunta. Abbiamo saltato dei punti perché mancano i consiglieri.

Punto 34) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 108/02:* **"Disposizioni per i servizi di tutela e la prevenzione dei rischi nei luoghi di pubblico intrattenimento o di pubblico spettacolo."**

Punkt 34 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 108/02:* **"Bestimmungen über den Schutzdienst und die Gefahrenverhütung an Orten für öffentliche Vergnügungen oder öffentliche Veranstaltungen."**

Prego il consigliere Urzì di leggere la relazione accompagnatoria.

URZÌ (AN): *La presente proposta di legge provinciale contenente "Disposizioni per i servizi di tutela e la prevenzione dei rischi nei luoghi di pubblico intrattenimento o di pubblico spettacolo" ha la finalità di porre in essere tutte quelle condizioni necessarie per prevenire e ridurre i rischi legati alla frequentazione dei luoghi di pubblico intrattenimento con particolare riguardo alle sala da ballo.*

A tal fine si è voluta istituire la nuova figura professionale dell'addetto ai servizi di tutela con specifici compiti e mansioni svolte in tutti quei luoghi sopra menzionati e comunque in tutti quei siti dove il particolare afflusso di pubblico lo richieda.

La nuova attività professionale, così delineata, viene svolta ai fini del controllo del rispetto delle vigenti normative in materia di sicurezza in stretta collaborazione con le forze dell'ordine che vengono repentinamente informate sullo stato, sulla natura e lo svolgimento del servizio in corso.

Questa proposta normativa mira non solo a dare all'addetto ai servizi di tutela un ruolo legato all'esigenza di sicurezza presso i pubblici esercizi in genere ma, soprattutto, ad attribuire a questa nuova figura professionale compiti legati alla informazione e sensibilizzazione degli utenti circa gli effetti derivanti dall'abuso di bevande alcoliche e dall'assunzione di sostanze stupefacenti.

L'addetto ai servizi di tutela svolge, quindi, un'importante azione sociale che si esplica in una costante collaborazione con i servizi e le strutture pubbliche e private per il recupero di soggetti che fanno abuso di bevande alcoliche o uso di sostanze stupefacenti o psicotrope, contribuendo ad individuare i soggetti a rischio.

Aver previsto un preciso e completo iter formativo per l'accesso all'Elenco provinciale degli Addetti ai Servizi di Tutela ottempera alle esigenze sopra elencate nel tentativo di dare una maggiore garanzia di affidabilità agli operatori del settore e agli utenti tutti.

Consapevoli che questa nuova figura professionale troverà una sua frequente collocazione in particolar modo nei locali da ballo si è voluto istituire presso l'assessorato provinciale al Commercio Il Registro provinciale di Qualità delle Discoteche dove potranno essere iscritti tutti quegli esercizi che si avvarranno delle prestazioni professionali degli addetti ai servizi di tutela e in possesso di specifici requisiti e che favoriscano misure concrete in materia di sicurezza, di prevenzione e contenimento dei rischi legati all'abuso di sostanze stupefacenti e all'abuso di bevande alcoliche e di riduzione dell'impatto acustico ambientale.

Der Landesgesetzentwurf „Bestimmungen über den Schutzdienst und die Gefahrenverhütung an Orten für öffentliche Vergnügungen oder öffentliche Veranstaltungen“ setzt sich zum Ziel, all jene notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um den Gefahren, die mit dem Besuch von Orten öffentlicher Vergnügungen, insbesondere Tanzlokalen, verbunden sind, vorzubeugen und diese zu reduzieren.

Zu diesem Zwecke hat man den neuen Beruf eines Schutzdienstbeauftragten eingeführt, mit spezifischen Aufgaben und Funktionen, die an all den obenerwähnten Orten und jedenfalls dort, wo ein besonderer Besucherandrang es erfordert, durchgeführt werden.

Diese neue Berufstätigkeit wird zum Zwecke der Kontrolle über die Einhaltung der geltenden Sicherheitsbestimmungen in enger Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften ausgeübt, die ständig über den Stand, die Art und die Durchführung des Dienstes informiert werden.

Dieser Gesetzesvorschlag zielt nicht nur darauf ab, den Schutzdienstbeauftragten für die Sicherheit in den öffentlichen Gastbetrieben im allgemeinen einzusetzen, sondern er sieht insbesondere vor, dass mit

diesem neuen Beruf Aufgaben bezüglich Information und Sensibilisierung der Besucher hinsichtlich der Auswirkungen des Alkohol- und Drogenmissbrauchs einhergehen.

Der Schutzdienstbeauftragte übt also eine wichtige soziale Tätigkeit aus, wobei er ständig mit den öffentlichen und privaten Diensten und Einrichtungen zusammenarbeitet, die für die Rehabilitation von Personen mit Alkohol- oder Drogenproblemen oder die Missbrauch mit psychotropen Substanzen betreiben, zuständig sind. Er trägt somit bei, die Risikopersonen ausfindig zu machen.

Die Tatsache, dass eine spezifische und umfassende Ausbildung vorgesehen ist, um in das Landesverzeichnis für Schutzdienstbeauftragte eingetragen werden zu können, trägt den obengenannten Erfordernissen Rechnung und soll den Lokalbetreibern und Besuchern eine größere Sicherheit gewährleisten.

Wir sind uns bewusst, dass die Ausübung dieses neuen Berufes sehr häufig insbesondere in Tanzlokalen gefragt sein wird, weshalb beim Landesassessorat für Tourismus, Handel und Dienstleistungen das Landesregister für die Qualität der Diskotheken errichtet werden sollte. Darin können sich all jene Betriebe eintragen, die Schutzdienstbeauftragte einsetzen, im Besitze spezifischer Voraussetzungen sind und konkrete Maßnahmen in den Bereichen Sicherheit, Lärmbelästigung, Risikoprävention und -reduzierung bezüglich Drogen- und Alkoholmissbrauch ergreifen.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

CARLO WILLEIT

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENT: Ich ersuche den Vorsitzenden der III. Gesetzgebungskommission um Verlesung des Berichtes.

LAMPRECHT (SVP): *Die 3. Gesetzgebungskommission hat den gegenständlichen Gesetzentwurf in ihrer Sitzung am 31. Oktober 2002 behandelt. An den Arbeiten der Kommission nahmen auch der Erstunterzeichner des Gesetzentwurfes, Landtagsabgeordneter Alessandro Urzi, und der Landesrat für Handel, Handwerk und Fremdenverkehr, Dr. Werner Frick, teil.*

Der Einbringer und Erstunterzeichner des Gesetzentwurfes, Landtagsabgeordneter Alessandro Urzi, wies einleitend darauf hin, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Initiative aufgegriffen wurde, die in anderen Regionen, wie beispielsweise im Latium, bereits gestartet wurde. Die Details seien im Begleitbericht enthalten, allerdings wolle er vor allem auf den Geist, der diese Initiative beseelt, eingehen: Er unterstrich, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf grundsätzlich die Kampagne unterstützt werden soll, mit der Risiken und Kriminalität an Orten, an denen sich Jugendliche aufhalten und öffentliche Vergnügungen stattfinden, sowie in Diskotheken, bekämpft werden, nämlich dort, wo Sozialdevianz am häufigsten festzustellen ist, die es zu beobachten und kontrollieren gilt. Er fügte hinzu, dass man damit diese Orte nicht pauschal negativ bewerten will, zumal es sich zwei-

felsohne um wichtige Einrichtungen für die Freizeit und die gesellschaftlichen Beziehungen handle. Der Abgeordnete unterstrich, dass man mit dem Gesetzentwurf Kooperationsformen aufbauen wolle, mit denen Alkohol- und Drogenkonsum vorgebeugt werden soll. Das Land müsste Einrichtungen, Beratung und Experten bereitstellen, die zusätzlich zum traditionellen Schutz durch einfache Kontrolle, Unterstützung und Information anbieten. Der Abgeordnete erklärte, dass die Schaffung eines Landesverzeichnisses angeregt wird, in dem sich all jene Personen eintragen können, die eine berufliche Ausbildung als Schutzdienstbeauftragte nachweisen können. Die Initiative wird damit abgerundet, dass die Diskotheken aufgrund der jeweils angebotenen Dienste klassifiziert und in ein zu schaffendes Landesregister für die Qualität der Diskotheken eingetragen werden, um den daran Interessierten und auch den Eltern die Möglichkeit zu geben, aufgrund bestimmter Kriterien eine bewusstere Auswahl des Angebots zu treffen. Schließlich hob er hervor, dass diese Gesetzesmaßnahme einen ersten Schritt darstellt, dass sie aber auf jeden Fall abgeändert und verbessert werden kann.

In der Generaldebatte kündigte Abg. Seppi seine Ja-Stimme zum Übergang zur Sachdebatte an, da der Gesetzentwurf eine ausführliche Diskussion verdient. Er unterstrich allerdings, dass er sich mit dem Gesetzentwurf inhaltlich nicht in seiner Gänze einverstanden erkläre. Er kritisierte, dass seine praktische Anwendung sehr schwierig sei. Nach Ansicht des Abgeordneten fällt das Ergreifen von Schutzmaßnahmen ausschließlich in die Zuständigkeit der Ordnungshüter, von denen strengere Kontrollen gefordert werden müssten; schließlich forderte er die Einführung einer Reihe von Maßnahmen gegen all jene, die Jugendlichen unter 16 alkoholische Getränke verabreichen oder die Anhebung des Mindestalters für den Alkoholkonsum. Er unterstrich, dass die Durchführung der entsprechenden Kontrollen ausschließlich Aufgabe der Ordnungshüter ist und nicht der Personen, die vom Betriebsinhaber bezahlt werden. Der Abgeordnete erklärte abschließend, dass er gegen die Gesetzesmaßnahme sei, obwohl er Gründe und Zielsetzungen der Einbringer verstehe und respektiere, da seiner Meinung nach der Schutz nicht auf diese Art und Weise erzielt werden kann.

Abg. Urzi erklärte in Bezug auf die Bemerkungen des Abg. Seppi, dass der von einem „Rausschmeißer mit Herz“ geleistete Schutz darin besteht, dass er über die Einhaltung der Sicherheitsnormen des Lokals wacht und auch auf Informationsebene mit den Ordnungshütern und den für die Überwachung zuständigen Personen zusammenarbeitet, die Lokalbesucher ständig beobachtet und in heiklen Situationen helfend einschreitet; er unterstrich, dass die Ausbildung und Vorbereitung der Schutzdienstbeauftragten auch Grundkenntnisse der Psychologie, der Ersten Hilfe sowie Informationen über Alkohol- und Drogenmissbrauch und Kenntnis über die Sicherheitsbestimmungen und über die Strafgesetzgebung und Strafprozessordnung vorsieht.

Landesrat Frick nahm zum Gesetzentwurf Stellung und unterstrich, dass er die Forderungen kenne und teile, allerdings könne er sich mit der Anwendungsmethode nicht einverstanden erklären, zumal durch die Schaffung einer neuen Berufsfigur auch neue Kosten und mehr Bürokratie entstünden.

Nach Abschluss der Generaldebatte wurde der Übergang zur Artikeldebatte mit 3 Gegenstimmen (Abgeordnete Lamprecht, Baumgartner und Pürgstaller) bei 2 Ja-Stimmen (Abgeordnete Urzi und Seppi) abgelehnt.

Gemäß Art. 42, Absatz 4 der Geschäftsordnung leitete der Kommissionvorsitzende den Gesetzentwurf an die Landtagspräsidentin weiter.

La III commissione legislativa ha esaminato il disegno di legge provinciale nella seduta del 31 ottobre 2002. Ai lavori della commissione hanno partecipato il primo firmatario, consigliere Alessandro Urzi, e l'assessore al commercio, all'artigianato e al turismo dott. Werner Frick.

Il presentatore primo firmatario, consigliere Alessandro Urzi, ha introdotto la sua illustrazione del disegno di legge precisando che con esso è stata ripresa un'iniziativa, una campagna già introdotta in altre regioni, come per esempio nella regione Lazio. Nel rinviare per i dettagli alla relazione, ha continuato con l'illustrazione dello spirito dell'iniziativa: ha sottolineato che il disegno di legge rappresenta un contributo di sostanza alla campagna per la lotta contro i rischi e la criminalità negli ambienti giovanili, in luoghi pubblici d'intrattenimento e in discoteche, e cioè in luoghi dove accade che trovino diffusione fenomeni di devianza, che devono essere osservati e controllati. Ha precisato che questo non implica una valutazione negativa di tali luoghi, che svolgono senza dubbio un'importante funzione sociale e ricreativa. Il consigliere ha ribadito che il disegno di legge esprime la volontà di prevedere delle forme di cooperazione che possano prevenire le problematiche del consumo di alcool e di sostanze stupefacenti. La Provincia dovrebbe mettere a disposizione le strutture, la consulenza e persone esperte che possano aggiungere alla tradizionale tutela tramite mero controllo altre attività di sostegno e informazione. Il consigliere ha spiegato che è stata proposta l'istituzione di un elenco provinciale per persone che abbiano acquisito la qualifica professionale di addetti ai servizi di tutela. Ha poi aggiunto che l'iniziativa si completa con la previsione della classificazione delle discoteche sulla base dei servizi offerti e con la costituzione di un registro provinciale di qualità delle discoteche per offrire agli interessati ed anche ai genitori un criterio per una più consapevole scelta tra le offerte. Ha infine sottolineato che la proposta di intervento normativo è un primo passo, una bozza certamente passibile di modifiche.

Aperta la discussione generale, il consigliere Seppi ha preannunciato il proprio voto favorevole al passaggio alla discussione articolata, in quanto il disegno di legge merita un'approfondita discussione. Ha però sottolineato di non condividere del tutto nel merito il provvedimento in esame. Ha continuato criticando il fatto che in pratica il disegno di legge sarà difficilmente attuabile. Secondo il consigliere l'adozione di misure di tutela è compito esclusivo delle forze dell'ordine, presso le quali bisognerebbe sollecitare maggiori controlli; ha inoltre auspicato l'adozione di serie misure contro chi vende bibite alcoliche a ragazzi con età inferiore ai sedici anni o l'aumento dell'età minima per l'autorizzazione a consumare alcool. Ha ribadito che questo deve essere compito esclusivo delle forze pubbliche e non di persone pagate dal titolare del locale. Il consigliere ha quindi dichiarato di essere contrario

al provvedimento, pur comprendendo e rispettando le ragioni e i fini perseguiti dai presentatori, perché non si può a suo parere perseguire in questa forma un servizio di tutela.

Il consigliere Urzi, replicando alle osservazioni del consigliere Seppi, ha chiarito che l'azione di servizio di tutela offerta da parte di un "buttafuori con l'anima" consiste nel controllo del rispetto delle norme di sicurezza del locale, nella collaborazione anche informativa con le forze dell'ordine e con gli addetti alla vigilanza, nella costante osservazione degli utenti, nell'assistenza e nell'intervento in situazioni critiche; ha sottolineato che la formazione e preparazione degli addetti ai servizi comprende anche nozioni basilari di psicologica, di primo soccorso, informazione sull'abuso di alcool e stupefacenti, nozioni sulla normativa di sicurezza, sulla normativa penale e di procedura penale.

L'assessore Frick ha preso posizione sul disegno di legge sottolineando di comprendere e condividere le richieste, ma di non essere d'accordo sul metodo di attuazione proposto, in quanto – anche tramite la previsione di una nuova figura professionale – comporterebbe nuovi costi e un aumento di burocrazia.

Conclusa la discussione generale, il passaggio alla discussione articolata è stato respinto con 3 voti contrari (dei consiglieri Lamprecht, Baumgartner e Pürgstaller) e 2 voti favorevoli (dei consiglieri Urzi e Seppi).

Il presidente della commissione ha quindi rimesso, ai sensi dell'articolo 42, comma 4, del regolamento interno, il disegno di legge alla Presidente del Consiglio provinciale.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Urzi, Sie haben das Wort.

URZI (AN): Parlerò molto poco, anche per vedere se si riesce ad arrivare alla votazione sul passaggio alla discussione articolata per lo meno entro l'orario che ci siamo dati per la trattazione dei diversi punti all'ordine del giorno delle minoranze nel corso della mattinata.

Abbiamo definito questa figura che potesse essere istituita in provincia di Bolzano un po' l'angelo custode dei giovani nei luoghi di intrattenimento pubblico, e in modo particolare le discoteche. Abbiamo - curioso scherzo della sorte - discusso del tema alcolismo, diffusione dei vizi legati all'abuso di queste sostanze nei luoghi in cui esse vengono somministrate, poc'anzi nel corso del dibattito su una mozione. Ma il discorso in questo caso è molto più ampio. Riguarda non solo l'abuso di sostanze alcoliche, ma riguarda ancora il ricorso alle sostanze stupefacenti nei luoghi di intrattenimento pubblico e fra questi in particolare, ma non solo, le discoteche. Esse, o comunque i locali notturni in genere, dove ci si può intrattenere per cacciare la tensione della giornata, spesso legata, nel caso dei più giovani, allo studio, per gli altri al lavoro. Ebbene, le discoteche sono luoghi fondamentali di socializzazione, ma anche luoghi nei quali sappiamo essere diffusa una pratica che ha la necessità di essere arginata. Sappiamo come questa problematica sia già stata affrontata in modo particolareggiato in sede nazionale attraverso il licenziamento da parte del Consiglio dei Ministri di un

testo di legge che dovrà intervenire sulla materia con delle proposte di soluzioni, condivisibili o meno. In sede locale credo che la Provincia autonoma di Bolzano abbia la necessità di fare la sua parte.

La nostra proposta parte quindi dall'istituzione di questo angelo custode dei giovani, figura che definiamo come "addetto ai servizi di tutela" che deve essere molto complessa, ma anche molto vicina alla sensibilità dei frequentatori di questi locali, ossia una persona che sappia adoperarsi affinché il flusso e deflusso nei luoghi di pubblico intrattenimento sia ordinato, quindi il classico "butta fuori/butta dentro", così si chiama, persona che comunque sappia vigilare sul regolare afflusso dei frequentatori di questo locale, colui che controlla il rispetto delle norme di sicurezza riguardo la normativa della legge n. 626 nell'ambito del locale, colui che informa le forze dell'ordine sullo stato, la natura, lo svolgimento dei servizi in corso e collabora con le stesse forze dell'ordine per il migliore espletamento delle loro proprie funzioni, nel rispetto delle prerogative di ciascuno, collabora con gli addetti alla vigilanza, ai servizi di polizia privata laddove previsti dai locali, informa e sensibilizza gli utenti, e quindi i giovanissimi, sugli effetti degli abusi ma anche del consumo di sostanze da una parte alcoliche dall'altra parte stupefacenti o psicotrope, collabora, e qui arriviamo a comprendere la dimensione ampia, completa e articolata di questa figura, con i servizi, le strutture pubbliche e private per il recupero di questi soggetti individuati all'interno di questi luoghi pubblici, che fanno abuso in questo caso di sostanze alcoliche o sostanze stupefacenti. Quindi questa figura contribuisce ad individuare questi soggetti nell'ambito e nel rispetto delle normative anche sulla riservatezza dei dati personali, favorisce attraverso la parola, il rapporto personale il contatto fra questi soggetti e le strutture di recupero e di intervento pubbliche e private di soggetti a rischio. E' un attento osservatore, come un angelo custode, di quanto accade e sa individuare le situazioni critiche e a rischio, ma anche quei soggetti potenzialmente pericolosi per l'ordine all'interno del locale, e sappiamo purtroppo quanti episodi drammatici si siano verificati. Voglio ricordarne solo uno per il forte impatto che ha avuto nella coscienza di tutti noi, quell'episodio accaduto a Campo Tures dove purtroppo ci sono state conseguenze molto pesanti per una persona, ma non è l'unico episodio. Effettua anche degli interventi di pronto soccorso e anche antincendio qualora necessario qualora ci fosse la necessità di intervenire sul posto immediatamente prima dell'intervento della pubblica sicurezza. E poi si adopera nel dissuadere gli utenti dal mettersi alla guida degli autoveicoli se in condizioni psicofisiche non idonee e in questo compito collabora con le forze dell'ordine eventualmente segnalando se una persona possa costituire pericolo per sé stesso e per gli altri nel momento in cui si mette alla guida in condizioni non idonee.

E' una figura completa. Quindi uscendo dalla formalità delle parole, voglio ritornare a questa immagine che abbiamo tracciato di questa persona, l'angelo custode dei giovani, all'interno dei locali di pubblico intrattenimento, delle discoteche, che possa e debba essere al servizio di assistenza nei confronti di chi ne abbia realmente

bisogno, al servizio del corretto uso di quel servizio che il locale di pubblico intrattenimento offre nei confronti dei giovani.

Probabilmente se ci fosse stata una figura di questo tipo nei locali della nostra provincia, non saremmo arrivati a misure estreme come per esempio a Silandro con la chiusura della discoteca locale, al servizio di una valle intera, perché probabilmente si sarebbe intervenuti a monte rispetto ad una serie di problematiche che hanno determinato l'intervento dell'autorità con la chiusura di un servizio che ha la necessità di sopravvivere a tutela e a garanzia di coloro che vogliono poterne godere, nei limiti della civiltà e del rispetto altrui. Questa è una condizione fondamentale: godere di un servizio di pubblico intrattenimento nel rispetto di coloro che non ne godono, nel rispetto dei cittadini, di coloro che viaggiano sulle strade di notte, che non vogliono incrociare sulla propria strada coloro che sono in preda ai fumi dell'alcol oppure, per ragioni le più disparate, hanno abusato di sostanze stupefacenti partendo da un clima di euforia collettivo vissuto in un locale pubblico. Questo è angelo custode delle discoteche che abbiamo individuato come figura qualificante nella provincia di Bolzano. Vorremmo che la Provincia di Bolzano, al pari di alcune altre regioni italiane dove questo esperimento sta dando ottimi frutti, fosse leader a livello nazionale di un servizio che possa risultare gradito agli utenti perché discreto, utile perché teso a garantire sicurezza e ordine nei locali, e importante per quegli effetti benefici che determinerebbe, nel limite delle possibilità degli addetti, sulla salute delle singole persone che questi locali frequentano.

Una figura così complessa deve essere non solo normata ma anche incasellata in modo molto preciso in una struttura più ampia. Deve essere previsto un percorso di formazione. E' quello che prevediamo all'articolo 3, un corso della durata complessiva di 600 ore con nozioni di psicologia, con particolare riguardo al mondo giovanile, di tecniche di comunicazione, mediazione dei conflitti, con nozioni di diritto e procedura penale, conoscenza delle strutture pubbliche e private che affrontano il problema delle tossicodipendenze, conoscenza dei metodi e programmi di recupero dell'alcolismo, della tossicodipendenza, nozioni mediche sull'abuso di bevande alcoliche e sostanze stupefacenti, normativa sulla sicurezza dei luoghi di lavoro, ma non solo, seconda lingua, tecniche di primo soccorso. Una figura realmente completa, certificata perché frutto di un percorso formativo che vorremmo la Provincia potesse istituire. Questa figura dovrebbe essere certificata attraverso l'iscrizione in un elenco provinciale degli addetti ai servizi di tutela, un autentico album di questi angeli custodi delle discoteche. Ci piace questa immagine, la richiamiamo più volte nel corso di questo dibattito, perché crediamo che delle risposte alle emergenze attuali debbano essere date, nei modi più seri ed adeguati, per affrontare la delicatezza di un tema serio e complesso.

Questa misura si accompagna ad un secondo provvedimento, il registro provinciale di qualità delle discoteche, una sorta di registro nel quale inerire tutti quei locali di pubblico intrattenimento, e in modo particolare le discoteche, che abbiano

saputo adeguarsi ad una serie di criteri che vorremmo la Provincia autonoma di Bolzano cominciasse a delineare e che corrispondano a quei principi di buona offerta di servizio che costituissero le condizioni minime essenziali, perché un locale possa essere ritenuto non solo sicuro ma anche adeguato rispetto alla richiesta del servizio che emerge da parte della collettività. Un registro provinciale di qualità delle discoteche quindi, dove possono essere iscritte quelle discoteche che si dotino di questi addetti ai servizi di tutela, che favoriscano gli interventi di prevenzione, formazione per esempio con la diffusione di materiale pubblicitario, sensibilizzazione attraverso iniziative particolari anche nell'ambito delle serate di intrattenimento, intervento di contenimento dei rischi svolti da altri operatori sociali all'interno e all'esterno delle discoteche, anche in accordo con le strutture socio-sanitarie presenti sul territorio, o che riservino all'interno dei locali uno spazio idoneo destinato ad accogliere materiale predisposto nell'ambito delle campagne informative promosse da istituzioni pubbliche e private derivanti dall'assunzione di sostanze stupefacenti e psicotrope con particolare riferimento alla poliassunzione. Oppure locali che adottino misure concrete per ridurre l'impatto acustico all'interno delle discoteche, garantendo l'osservanza delle normative vigenti, o che adottino misure concrete per ridurre l'impatto ambientale all'interno delle discoteche riservando spazi idonei particolarmente areati per riposo e possibilità di dialogo e per consentire ai clienti la decompressione e il raffreddamento, garantendo ai clienti condizioni climatiche adeguate all'effettiva capienza del locale, facile accesso alla distribuzione e fonti di acqua corrente fresca per affrontare eventuali problemi di ipertermia. Oppure locali che incentivino l'uso di bevande non alcoliche e refrigeranti o che predispongano le misure necessarie per effettuare un rapido ed efficace intervento da parte delle strutture di pronto soccorso. Si comprende da queste misure che noi indichiamo, che sono criteri di carattere generale, che si tratta di una serie di requisiti non obbligatori, intendiamoci. Non vogliamo costruire una gabbia entro la quale i locali devono necessariamente inserirsi, e questo per rispondere anche all'assessore o alle osservazioni sollevate nel corso del dibattito in commissione legislativa. Non si tratta di porre obblighi o prevedere una griglia entro la quale collocare i buoni e i cattivi e ai cattivi negare poi il diritto di svolgere un servizio di pubblico intervento. Si tratta di individuare dei criteri, porre dei principi che, se rispettati, possano garantire una migliore offerta del servizio. Sicuramente il genitore ha piacere di lasciare il figlio, magari minorenne, a trascorrere una serata in un locale di pubblico intrattenimento, se sa che quel locale garantisce un addetto ai servizi di tutela, questo angelo custode quindi al suo servizio per una parola, un suggerimento perché specializzato da un percorso formativo di cui abbiamo detto, se sa che quel locale garantisce uno spazio di decompressione, che favorisce una politica dei prezzi per le bevande non alcoliche, se sa che quel locale garantisce una serie di servizi adeguati a rispondere a quelle problematiche che sono poi quelle scatenanti i drammi di cui le cronache sono costrette a prendere atto. Il genitore è più sereno. Ecco che la proposta che abbiamo avanzato del registro provinciale di qualità prevede il diritto, non l'obbligo, da parte

dei locali pubblici, di adeguarsi a determinati principi, di prevedere l'addetto ai servizi di tutela, lo spazio di decompressione, un luogo per non assordarsi anche se siamo in una discoteca, la possibilità di bere ad un prezzo conveniente bevande non alcoliche, e altro. E in questo caso la Provincia garantisce l'iscrizione al servizio di qualità. Diamo le stellette anche alle discoteche, da una a cinque stelle, e quindi favoriamo allo stesso tempo una concorrenza reale ai locali pubblici per migliorare la propria qualità, per garantire una migliore offerta di servizio e quindi una risposta migliore da parte del pubblico! Chiaramente si innescherebbe un meccanismo di libera concorrenza fra i locali alla ricerca di una migliore qualificazione di se stessi, una stelletta in più nella scala della qualità prevista dalla normativa provinciale. Avremo discoteche ad una stella e a cinque stelle, non solo per la bellezza del locale ma proprio per la rispondenza a determinati requisiti che possono essere integrati, che sono corrispondenti a garanzie che da un locale pubblico hanno la necessità di essere date nei confronti e nel rispetto degli utenti e dei loro genitori, perché stiamo parlando il più delle volte di un pubblico molto giovane che risponde a sé stesso quando si tratta di maggiorenni, ma il più delle volte risponde ai propri genitori, come è giusto. Se è giusta questa politica del rispetto verso i più giovani, si deve partire da un'educazione che nasca anche dalle strutture private che svolgono un servizio che però è di interesse pubblico, come i locali di intrattenimento. Nessuno dovrebbe essere costretto ad iscriversi al registro di qualità, ad attuare i principi fissati. Certo che la creazione del registro sarebbe di incentivo per essere concorrenziale sul libero mercato dell'offerta del servizio di pubblico intrattenimento notturno.

Questo disegno di legge da tempo attendeva di essere discusso dal Consiglio provinciale, ha proposto una delle tante soluzioni che potevano essere proposte, ma lo riteniamo una forte ipotesi di soluzione ad un grave problema endemico. La nostra provincia, lo sappiamo, ci rattrista ma ne dobbiamo prendere atto, è leader in tanti settori ma è anche leader in una classifica ideale che fa riferimento alle tragedie trascorse. Dobbiamo poter rispondere a questa esigenza, sappiamo quanto è elevato ancora oggi il dato relativo alla diffusione dell'abuso di sostanze alcoliche. Non abbiamo un preciso dato relativo all'uso di sostanze stupefacenti, ma sappiamo che questa combinazione di fattori, unita alla stanchezza della notte, alla non adeguatezza dei locali che non sanno rispondere alle esigenze dei giovani, produca un effetto devastante sulla sicurezza dei diretti interessati ma anche di terzi, di coloro che viaggiano sulle strade e possono incrociare, per fatalità del destino, queste persone.

Non c'è solo il problema dell'alcolismo, della diffusione dell'abuso di sostanze alcoliche, dell'uso di sostanze stupefacenti in discussione con questo disegno di legge che non è contro l'abuso di sostanze alcoliche, questo disegno di legge è per la tutela dei più giovani, per la creazione di una rete di strutture private, sostenute e incoraggiate dall'ente pubblico, che rispondano a quei requisiti di sicurezza generale, che rispondano anche a quella forte richiesta di tranquillità che è data da molti utenti nei locali notturni. Noi abbiamo bisogno di avviarci lungo questa strada. Spero che queste

proposte possano essere giudicate serie, precise, come era nel nostro desiderio, ma riteniamo che rispetto a questo angolo custode delle discoteche e alla creazione per loro di questi corsi di formazione professionale nonché rispetto alla creazione di un registro, non obbligatorio, di qualità per le discoteche, per i locali che desiderino avviarsi su questo percorso di qualificazione diretta, non si possa eludere un dibattito ampio ed articolato che possa rispondere alle esigenze dei cittadini della nostra provincia, in modo particolare quelli più giovani.

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

Dott.ssa ALESSANDRA ZENDRON

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

PRESIDENTE: A questo punto devo interrompere la discussione. Come concordato ieri nel collegio dei capigruppo trattiamo adesso il bilancio di assestamento del Consiglio provinciale.

Punto 119) dell'ordine del giorno: "**Proposta di deliberazione: Assestamento del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2003.**"

Punkt 119 der Tagesordnung: "**Beschlussvorschlag: Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2003.**"

Do lettura della relazione:

*Signore e signori consiglieri,
con la presente trasmetto Loro, per l'esame e l'approvazione, la proposta di deliberazione per l'assestamento del bilancio di previsione 2003 del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, bilancio approvato dal Consiglio provinciale con deliberazione n. 5/02 del 12 dicembre 2002.*

Si premette che il Consiglio provinciale, con propria deliberazione n. 3/03 del 2 aprile 2003, ha approvato il conto consuntivo per l'anno finanziario 2002, che al 31 dicembre 2002 presentava un avanzo di amministrazione effettivo di euro 810.388,23.

Nel bilancio di previsione per l'anno finanziario 2003 approvato dal Consiglio provinciale fra le entrate è stato iscritto un presunto avanzo di amministrazione di euro 307.544,17. Dal conto consuntivo approvato risulta quindi, alla fine dell'esercizio finanziario 2002, una differenza di euro 502.844,06 tra l'avanzo di amministrazione effettivo e quello presunto iscritto nel bilancio di previsione.

Il suddetto risultato del conto consuntivo 2002 rende necessario un assestamento del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 2003, assestamento che prevede per le entrate un aumento dell'avan-

zo di amministrazione per un importo di euro 502.844,06, e determinate variazioni anche per quanto riguarda le uscite.

Come risulta dalle illustrazioni che seguono, le variazioni proposte riguardano soprattutto spese obbligatorie ovvero spese correnti e derivano da fatti che esulano dalla sfera decisionale dell'ufficio di presidenza.

ENTRATE

Per quanto riguarda le entrate, l'importo iscritto nel bilancio di previsione, la cui entità era stata soltanto presunta, viene adeguato al risultato effettivo del conto consuntivo 2002. Di conseguenza l'avanzo di amministrazione presunto pari a euro 307.544,17 iscritto nel bilancio viene aumentato di euro 502.844,06 ed è pertanto pari a euro 810.388,23.

Capitolo 1600: "Entrate eventuali e diverse"

L'aumento dello stanziamento di questo capitolo (+ 3.000,00 euro) si riferisce a un acconto sul trattamento di fine rapporto concesso nel 2001 ai sensi del contratto collettivo intercompartimentale per il periodo 1997-2000, allegato 2, articoli 1 e 2. Secondo l'articolo 2, comma 4 del citato contratto il beneficiario/la beneficiaria è tenuto/a a giustificare con idonea documentazione di spesa, da presentarsi entro 18 mesi dalla liquidazione, l'acconto percepito. Qualora la documentazione richiesta non venisse prodotta o qualora i documenti di spesa coprissero solo una parte dell'importo liquidato, viene disposto il recupero delle somme indebitamente percepite aumentate degli interessi calcolati in base al tasso di sconto ufficiale. Dato che nel caso in questione la documentazione presentata ha coperto soltanto una parte dell'importo liquidato, il dipendente interessato ha versato la differenza presso il tesoriere del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano. L'entrata è stata riscossa sul capitolo "Entrate eventuali e diverse", motivo per cui lo stanziamento originario deve essere ora aumentato del relativo importo.

USCITE

Capitolo 1180: "Contributo ai gruppi consiliari (Regolamento concernente interventi a favore dei gruppi consiliari e relativa rendicontazione – deliberazione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano n. 1/96)"
Lo stanziamento del capitolo deve essere aumentato di 16.710,88 euro poiché la sottoscritta ha costituito un nuovo gruppo consiliare. Ai sensi dell'articolo 20, comma 2 del Regolamento interno del Consiglio provinciale la costituzione del gruppo "Ambiente e diritti" ha acquistato efficacia dal 1° maggio 2003. In base all'articolo 3 del "Regolamento concernente interventi a favore dei gruppi consiliari e relativa rendicontazione" da questa data i contributi spettanti al Gruppo Verde-Alternativo sono stati ridotti di 497,35 euro mensili, mentre al nuovo gruppo consiliare vengono erogati 2.586,21 euro mensili. L'aumento della dotazione del capitolo corrisponde pertanto alla quota fissa mensile uguale per tutti i gruppi prevista dall'articolo 3, comma 2, lettera a) del citato Regolamento da erogare per il periodo maggio – dicembre 2003.

Capitolo 1470: "Pareri legali e consulenze, assistenza legale nonché incarichi a liberi professionisti"

La dotazione di questo capitolo viene aumentata di 17.000,00 euro poiché – in seguito alla collocazione in congedo straordinario non retribuito per motivi di studio (dal 24 dicembre 2002 al 25 novembre 2005) della dott.ssa Vitfrida Scatolini Mitterer, giornalista del Consi-

glio provinciale – al sig. Alexander Tabarelli De Fatis è stato assegnato l'incarico, mediante contratto d'opera valevole dal 1° gennaio 2003 al 31 dicembre 2003, di espletare i lavori affidati alla dott.ssa Mitterer nell'ambito del servizio stampa. Le spese derivanti dal citato contratto non gravano tuttavia sul capitolo 1300 "Stipendi e altri assegni per il personale del Consiglio provinciale", al quale veniva imputato lo stipendio della dott.ssa Mitterer, ma sul capitolo "Pareri legali e consulenze, assistenza legale nonché incarichi a liberi professionisti" e pertanto è necessario aumentare la dotazione prevista su questo capitolo nel bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 2003.

Capitolo 1500: "Rimborso delle spese sostenute da parte dei presentatori/delle presentatrici di proposte di iniziative popolari per l'autenticazione delle firme (art. 11 della L.R. 16-7-1972, n. 15)"

Il 27 marzo c.a. si sono presentate in Consiglio provinciale 10 persone che hanno dichiarato di essere i promotori/le promotrici di un disegno di legge provinciale, di iniziativa popolare, di cui alla legge regionale 16 luglio 1972, n. 15, e successive modifiche e integrazioni, dal titolo "Disegno di legge provinciale sulla democrazia diretta – poteri di indirizzo, potere consultivo, poteri deliberativi". L'annuncio dell'iniziativa popolare è stato pubblicato sul Bollettino ufficiale della Regione Trentino - Alto Adige n. 14/I-II dell'8 aprile 2003. Attualmente il comitato promotori sta raccogliendo le firme necessarie (almeno 2.000) per la presentazione del citato disegno di legge di iniziativa popolare. Ai sensi dell'articolo 11 della citata legge regionale, dopo la presentazione del disegno di legge e la verifica della sua ammissibilità, il comitato promotori può chiedere il rimborso delle spese sostenute per l'autenticazione del minimo delle firme richiesto.

Dato che un'eventuale richiesta di rimborso spese non troverebbe copertura legale nel bilancio di previsione del Consiglio provinciale per l'esercizio finanziario in corso, si propone l'istituzione, nel bilancio di previsione, di un nuovo capitolo di spesa con la denominazione "Rimborso delle spese sostenute da parte dei presentatori/delle presentatrici di proposte di iniziative popolari per l'autenticazione delle firme (art. 11 della L.R. 16-7-1972, n. 15)" con una dotazione di 1.300,00 euro. Si tratta di un importo definito in base alle spese sostenute dalla Regione Trentino – Alto Adige in occasione dell'ultima iniziativa popolare (per la quale tuttavia erano necessarie 4.000 firme), dato che il Consiglio provinciale non ha esperienza in questo campo.

Capitolo 1700: "Fondo di riserva per nuove e maggiori spese"

La dotazione del fondo di riserva viene aumentata di euro 470.333,18. L'importo corrisponde alla differenza fra le maggiori entrate (euro 505.844,06) e le maggiori spese previste su alcuni capitoli dell'assestamento di bilancio (euro 35.510,88).

Capitolo 2120: "Acquisto di mezzi di trasporto"

Poiché nel 2003 non erano previsti acquisti di mezzi di trasporto, al momento della predisposizione del bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 2003 non sono stati iscritti dei mezzi su questo capitolo. Nel frattempo si è però verificata la necessità di sostituire la bicicletta acquistata nel 1991 e messa a disposizione del servizio posta del Consiglio provinciale, motivo per cui è necessario dotare il capitolo di 500,00 euro.

Invito infine le signore consigliere e i signori consiglieri a voler approvare l'allegata bozza di deliberazione sull'assestamento del bilancio di previsione 2003 del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano incluse le relative tabelle, presentata dall'ufficio di presidenza.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, anbei übermittle ich Ihnen zur Überprüfung und Genehmigung den Beschlussvorschlag für die Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2003, der vom Landtag am 12. Dezember 2002 mit Beschluss Nr. 5/02 genehmigt worden war.

Ich schicke voraus, dass der Landtag mit Beschluss Nr. 3/03 vom 2. April 2003 die Abschlussrechnung für das Finanzjahr 2002 genehmigt hat, die zum 31.12.2002 einen effektiven Verwaltungsüberschuss in der Höhe von 810.388,23 Euro aufwies.

In dem vom Landtag genehmigten Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 2003 war auf der Einnahmeseite ein voraussichtlicher Verwaltungsüberschuss von 307.544,17 Euro eingeschrieben worden. Die genehmigte Abschlussrechnung hat somit bei Abschluss des Haushaltsjahres 2002 einen Verwaltungsüberschuss ausgewiesen, der um 502.844,06 Euro höher war als der im Haushaltsvoranschlag angenommene Betrag.

Aufgrund des soeben dargelegten Ergebnisses der Abschlussrechnung 2002 muss eine Berichtigung des Haushaltsvoranschlages für das Finanzjahr 2003 vorgenommen werden, mit welcher zum einen auf der Einnahmenseite die Anhebung des Verwaltungsüberschusses um 502.844,06 Euro ausgewiesen wird und zum anderen auch gewisse Änderungen an der Ausgabenseite vorgenommen werden.

Wie Sie den folgenden Erläuterungen entnehmen können, betreffen die im Ausgabenteil vorgeschlagenen Änderungen größtenteils Pflichtausgaben bzw. laufende Ausgaben und sind die Folge von Gegebenheiten, die außerhalb des Ermessenspielraumes des Präsidiums liegen.

EINNAHMEN

Auf der Einnahmenseite wird der im Haushaltsvoranschlag angegebene Betrag, der auf Annahmen beruhte, mit dem tatsächlichen Ergebnis der Abschlussrechnung 2002 in Einklang gebracht. In diesem Sinne wird der veranschlagte Verwaltungsüberschuss von 307.544,17 Euro um 502.844,06 Euro auf nunmehr 810.388,23 Euro erhöht.

Kapitel 1600: "Eventuelle und verschiedene Einnahmen"

Die Anhebung dieses Kapitelansatzes (+3.000,00 Euro) steht im Zusammenhang mit einer im Jahr 2001 gemäß bereichsübergreifendem Kollektivvertrag für den Zeitraum 1997-2000 Anlage 2 Artikel 1 und 2 beanspruchten Anzahlung auf die Abfertigung. Artikel 2 Absatz 4 des genannten bereichsübergreifenden Kollektivvertrages sieht für den Zahlungsempfänger/die Zahlungsempfängerin die Verpflichtung vor, die ausbezahlte Anzahlung auf die Abfertigung innerhalb von 18 Monaten ab der Anordnung der Zahlung mittels geeigneten Unterlagen über die getragenen Kosten zu rechtfertigen. Werden die geforderten Unterlagen nicht beigebracht oder decken diese nur einen Teil des ausbezahlten Betrages ab, so erfolgt die Eintreibung der unberechtigter Weise erhaltenen Beträge, zuzüglich der entsprechenden Zinsen

in Höhe des amtlichen Diskontzinssatzes. Da die im genannten Fall vorgelegten Unterlagen lediglich einen Teil des ausbezahlten Betrages abdeckten, wurde der Differenzbetrag von Seiten des betroffenen Bediensteten beim Schatzmeister des Südtiroler Landtages einbezahlt. Die entsprechende Einnahme wurde über das Kapitel "Eventuelle und verschiedene Einnahmen" eingehoben, weshalb der ursprüngliche Kapitelansatz um den entsprechenden Betrag angehoben werden muss.

AUSGABEN

Kapitel 1180: "Beiträge an die Landtagsfraktionen (Verordnung über die Leistungen zugunsten der Landtagsfraktionen und diesbezügliche Rechnungslegung – Beschluss des Landtages Nr. 1/96)"

Der Ansatz dieses Kapitels muss um 16.710,88 Euro erhöht werden. Zurückzuführen ist die genannte Kapitelaufstockung auf die Bildung einer neuen Landtagsfraktion meinerseits. Die Bildung der Fraktion "Umwelt und Rechte" ist gemäß Artikel 20 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages mit 1. Mai 2003 wirksam geworden. Ab genanntem Datum wurden gemäß Artikel 3 der "Verordnung über die Leistungen zugunsten der Landtagsfraktionen und diesbezügliche Rechnungslegung" die Beiträge an die "Grün-Alternative Fraktion" um 497,35 Euro monatlich gekürzt, während der neuen Landtagsfraktion 2.586,21 Euro monatlich ausbezahlt werden. Der Betrag, um welchen das Kapitel angehoben werden muss, entspricht somit dem in Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a) der genannten Verordnung für jede Landtagsfraktion vorgesehenen monatlichen Fixbetrag für die Monate Mai bis Dezember 2003.

Kapitel 1470: "Rechtsberatung, Rechtsbeistand sowie Aufträge an Freiberufler"

Der Ansatz dieses Kapitels wird um 17.000,00 Euro angehoben. Die vorgeschlagene Änderung ist darauf zurückzuführen, dass Frau Dr. Vittfrida Scatolini Mitterer, Journalistin des Südtiroler Landtages, für den Zeitraum vom 24. Dezember 2002 bis zum 25. November 2005 in einen unbezahlten Wartestand aus Studiengründen versetzt und Herr Alexander Tabarelli De Fatis mittels Abschluss eines Werkvertrages für den Zeitraum vom 1. Jänner 2003 bis zum 31. Dezember 2003 mit der Erledigung der ihr innerhalb des Pressedienstes anvertrauten Arbeiten beauftragt worden ist. Die mit dem genannten Vertrag zusammenhängenden Ausgaben belasten jedoch nicht das Kapitel 1300 "Gehälter und andere Bezüge für das Personal des Landtages", wie dies für das Gehalt von Frau Dr. Mitterer der Fall war, sondern das Kapitel "Rechtsberatung, Rechtsbeistand sowie Aufträge an Freiberufler", weshalb der im Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 2003 vorgesehene Kapitelansatz angehoben werden muss.

Kapitel 1500: "Rückerstattung der Ausgaben, die von den Einbringern/ Einbringerinnen von Volksbegehrensvorschlägen für die Beglaubigung der Unterschriften getätigt wurden (Art. 11 des R.G. vom 16.7.1972, Nr. 15)"

Am 27. März dieses Jahres sind beim Südtiroler Landtag 10 Personen vorstellig geworden, die erklärt haben, die Promotoren für die Einbringung eines Volksbegehrensgesetzentwurfes im Sinne des Regionalgesetzes vom 16. Juli 1972, Nr. 15, in geltender Fassung, mit dem Titel "Landesgesetzentwurf zur direkten Demokratie - Anregungsrech-

te, Befragungsrechte, Stimmrechte" zu sein. Diese Initiative ist im Amtsblatt der Region Trentino – Südtirol Nr. 14/I-II vom 8.4.2003 kundgemacht worden. Derzeit werden von Seiten des Promotorenkomitees die für die Vorlage des erwähnten Volksbegehrensgesetzentwurfes notwendigen Unterschriften (wenigstens 2.000) gesammelt. Nach erfolgter Einbringung des Gesetzentwurfes und Überprüfung der Zulässigkeit desselben, kann das Promotorenkomitee im Sinne von Art. 11 des obgenannten Regionalgesetzes um Rückvergütung der für die Beglaubigung der gesammelten Unterschriften getragenen Spesen, beschränkt auf die Mindestanzahl der geforderten Unterschriften, ansuchen.

Nachdem dieser allfällige Antrag auf Spesenrückvergütung im Haushaltsvoranschlag des Südtiroler Landtages für das laufende Finanzjahr keine rechtliche Deckung finden würde, wird die Errichtung im Haushaltsvoranschlag eines neuen Ausgabekapitels mit der Benennung "Rückerstattung der Ausgaben, die von den Einbringern/ Einbringerinnen von Volksbegehrensvorschlägen für die Beglaubigung der Unterschriften getätigt wurden (Art. 11 des R.G. vom 16.7.1972, Nr. 15)" und mit einem Ansatz von 1.300,00 Euro vorgeschlagen. Bei diesem Ansatz handelt es sich um einen Betrag, bei dessen Bemessung, mangels eigener Erfahrungswerte, die Ausgaben zugrunde gelegt wurden, welche die Region Trentino-Südtirol anlässlich der letzten Volksinitiative (für diese waren allerdings 4.000 Unterschriften notwendig) getragen hat.

Kapitel 1700: "Reservfonds für neue und höhere Ausgaben"

Der Ansatz des Reservfonds wird um 470.333,18 Euro angehoben. Dieser Betrag entspricht der Differenz zwischen den höheren Einnahmen (505.844,06 Euro) und den auf einigen Kapiteln des Nachtragshaushaltes vorgesehenen höheren Ausgaben (35.510,88 Euro).

Kapitel 2120: "Neuanschaffung von Fahrzeugen"

Da im Laufe des Jahres 2003 kein Ankauf von Fahrzeugen geplant war, wurden im Zuge der Erstellung des Haushaltsvoranschlages für das Finanzjahr 2003 auf diesem Kapitel auch keine finanziellen Mittel vorgesehen. Nunmehr ist die Notwendigkeit eingetreten, das im Jahr 1991 angekaufte und der Poststelle des Südtiroler Landtages zur Verfügung gestellte Fahrrad auszutauschen, weshalb auf diesem Kapitel die Bereitstellung von 500,00 Euro erforderlich ist.

Ich ersuche abschließend die Damen und Herren Abgeordneten, die beiliegende vom Präsidium vorgelegte Beschlussvorlage betreffend die Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2003 einschließlich der beigelegten Tabellen zu genehmigen.

Vi leggo la delibera:

Delibera n.

Vista la propria deliberazione n. 5/02 del 12-12-2002, con la quale è stato approvato il bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2003;

vista la deliberazione dell'Ufficio di Presidenza n. 12/03 del 8-5-2003, con la quale è stato approvato il progetto di assestamento del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, per l'anno finanziario 2003 secondo l'allegata tabella;
visti gli articoli 18 e 30 del Regolamento interno del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano ed il Regolamento interno di amministrazione e contabilità del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano;
ritenuto di approvare la proposta di assestamento del bilancio presentato dall'Ufficio di Presidenza;
tutto ciò premesso,

IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
delibera

nella seduta del

1. di approvare l'allegata tabella relativa all'assestamento del bilancio di previsione per l'anno finanziario 2003 del Consiglio provinciale con le seguenti risultanze finali:

Assestamento delle entrate
competenza+ 505.844,06 euro

Assestamento delle uscite
competenza+ 505.844,06 euro

2. di prendere atto che pertanto il bilancio di previsione per l'anno finanziario 2003 comprende i seguenti totali generali (contabilità speciali comprese):

Totale delle entrate
(incluse contabilità speciali)
competenza 6.988.835,08 euro

Totale delle uscite
(incluse contabilità speciali)
competenza 6.988.835,08 euro

Beschluss Nr.

Nach Einsichtnahme in den eigenen Beschluss Nr. 5/02 vom 12.12.2002, mit welchem der Haushaltsvoranschlag des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2003 genehmigt worden ist;
nach Einsichtnahme in den Präsidiumsbeschluss Nr. 12/03 vom 8.5.2003, mit welchem der Entwurf der Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2003 gemäß beiliegender Tabelle genehmigt worden ist;
nach Einsichtnahme in die Artikel 18 und 30 der Geschäftsordnung sowie in die Bestimmungen der Verwaltungs- und Buchungsordnung des Südtiroler Landtages;
auf die Erwägung hin, den vom Landtagspräsidium vorgelegten Entwurf der Haushaltsberichtigung zu genehmigen;
dies vorausgeschickt,

beschließt

DER SÜDTIROLER LANDTAG

in der Sitzung vom

1. die Berichtigung des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2003 gemäß beiliegender Tabelle und mit folgendem Endergebnis zu genehmigen:

*Berichtigung der Einnahmen
Kompetenz+ 505.844,06 Euro
Berichtigung der Ausgaben
Kompetenz+ 505.844,06 Euro*

*2. festzuhalten, dass der Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr
2003 damit folgende Gesamtbeträge (einschließlich Sonderbuch-
haltungen) aufweist:*

*Gesamtbetrag der Einnahmen
(einschließlich Sonderbuchhaltungen)
Kompetenz6.988.835,08 Euro
Gesamtbetrag der Ausgaben
(einschließlich Sonderbuchhaltungen)
Kompetenz6.988.835,08 Euro*

Chi chiede la parola? Nessuno. Passiamo alla votazione: approvato con 7 astensioni e i restanti voti favorevoli.

Ha chiesto di intervenire il consigliere Baumgartner sull'ordine dei lavori, ne ha facoltà.

BAUMGARTNER (SVP): Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Präsidentin! Ich schlage vor, dass wir diese Sitzungssession beenden und dann in 2 Wochen mit der Behandlung des Nachtragshaushaltes fortfahren.

KURY (GAF-GVA): Ich spreche mich gegen diesen Vorschlag aus. Er scheint mir unangebracht angesichts der Tatsache, dass wir 100 Punkte auf der Tagesordnung haben, und angesichts des Wunsches einiger Abgeordneter, ihre Anträge noch im Laufe dieser Legislatur zur Behandlung zu bringen. Es ist allerdings nicht einfach in diesem Landtag, dass Abgeordnete zu ihrem Recht kommen, dass ihre Anträge behandelt werden, weil - wie wir gestern gesehen haben und heute wieder sehen können - die Ansprechpartner ganz einfach nicht da sind. Ich empfinde dies als eine Missachtung unseres demokratischen Auftrags. Ich protestiere dagegen und möchte mich deshalb gegen den Abschluss der Arbeiten zum jetzigen Zeitpunkt aussprechen.

LO SCIUTO (Lista Civica – Forza Italia – CCD): Come mi ero espresso in occasione del collegio dei capigruppo, parlo contro. Avevo detto che questa probabilmente è l'unica sessione utile per poter trattare l'ordine del giorno e le mozioni che ancora ci sono da fare. Io ne ho quattro, quindi so perfettamente che se non le trattiamo oggi, non le faremo più. Ci resteranno solo le sedute di settembre, quindi non saremo in grado di proseguire. Quando è stato convocato questo Consiglio già si sapeva che la maggioranza non aveva presentato disegni di legge, quindi nello stendere l'ordine del giorno credo si sia tenuto conto di questa circostanza e si sia tentato, da parte della presidenza, di dare una risposta alle esigenze dei consiglieri per quello che riguardava le nostre proposte. Non mi pare giustificata la chiusura dei lavori nella mattina di oggi

quando ci sono ancora moltissimi punti all'ordine del giorno. Voterò quindi contro questa proposta.

KLOTZ (UFS): Frau Präsidentin! Ich ersuche vor allen Dingen - es sind nur zwei Mitglieder der Landesregierung anwesend - die Landesregierung, aber auch meine Kolleginnen und Kollegen um Aufmerksamkeit! An und für sich ist der Landtag bis Freitag Abend einberufen. Wir haben eine Abmachung, die besagt, dass bis Mittwoch Mittag Beschlussanträge bzw. institutionelle Punkte der Tagesordnung behandelt werden und dass in der übrigen Zeitspanne Gesetzentwürfe der Mehrheit zur Behandlung kommen. Grundsätzlich könnte man also, wenn die Mehrheit keine Punkte vorbringt, mit der Behandlung der Beschlussanträge fortfahren. Wir haben diese Möglichkeit im Fraktionssprecherkollegium ausgiebig besprochen und waren der Meinung, dass man einen Kompromissvorschlag eingehen könnte, nämlich den ganzen Mittwoch Nachmittag noch Beschlussanträge zu behandeln.

PRESIDENTE: Mi scusi se La interrompo! Volevo chiedere ai Suoi colleghi, visto che la seduta è ancora in corso, di permetterci di portarla al compimento.

KLOTZ (UFS): Danke, Frau Präsidentin! Sie weisen damit auf einen Umstand hin, den ich hier anmerken bzw. auch beklagen wollte. Wir hatten Kollegen Baumgartner ersucht, seine Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung darauf hinzuweisen, dass mindestens bis Mittwoch Mittag Punkte bzw. Beschlussanträge auch von der Mehrheitspartei zu behandeln sind und dass sie ihrer Aufgabe nachkommen sollten. Ich bin für den Abbruch der Sitzungssession, weil es keinen Sinn hat, heute Nachmittag, morgen und übermorgen in dieser Art fortzufahren. Es fehlen nicht nur viele Mitglieder der Landesregierung - vier davon sind entschuldigt, der Rest unentschuldigt -, sondern auch Einbringerinnen und Einbringer der jeweiligen Beschlussanträge. Deshalb wäre es eine reine Farce, jetzt zu beschließen, dass wir mit den Arbeiten weitermachen. Leider Gottes müssen wir der Realität Rechnung tragen, dass nicht jeder das freie Mandat im Sinne der Verantwortlichkeit und im Sinne seiner ersten Pflicht als gewählter Landtagsabgeordneter nachkommt. Die erste Pflicht eines gewählten Abgeordneten, gleichgültig, ob er hier auf dieser Seite des Saales sitzt oder auf jener der Landesregierung, ist es, zu den einberufenen Landtagssitzungen zu erscheinen und mitzuarbeiten.

In diesem Sinne, Frau Präsidentin, möchte ich Sie ersuchen, sich gemeinsam mit dem Präsidium Gedanken darüber zu machen, was man tun könnte! Man sollte nicht nur die Mitglieder der Landesregierung auf ihre Pflicht hinweisen, sondern auch alle anderen Kolleginnen und Kollegen. Wir sehen immer wieder, dass nicht nur die Mitglieder der Landesregierung fehlen, sondern leider auch Einbringerinnen und Einbringer aus dieser Seite des Saales, weshalb man Beschlussanträge nicht behandeln kann. Als wir Kollegen Baumgartner aufgefordert haben, seine Leute an ihre Pflichten

zu erinnern, hat er darauf verwiesen, dass er hier keine Aufsichtspflicht übernehmen könne, denn schließlich trage jede/jeder Gewählte die Verantwortung für ihr/sein Verhalten. Damit hat Kollege Baumgartner Recht, Frau Präsidentin! Die Union für Südtirol hat stets auf den Wert des freien Mandates hingewiesen. Insofern ist es richtig, dass jede/r wissen muss, wie sie/er ihrer/seiner ersten Pflicht nachkommt. Aber ich ersuche Sie noch einmal, im Präsidium zu beraten, wie man verhindern könnte, dass eine Situation weiterbesteht, wie wir sie jetzt - seit gestern Nachmittag bis heute - zu beklagen haben. Wir müssen einzelne Tagesordnungspunkte ständig verschieben, weil die Leute nicht anwesend sind. Wenigstens bis zur September- bzw. Oktobersession sollten wir versuchen, unserer Aufgabe einigermaßen anständig gerecht zu werden.

BAUMGARTNER (SVP): Ich melde mich nur zu Wort, um das eine oder andere zu relativieren und ins richtige Licht zu rücken. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir in unserem Landtag in Südtirol pro Jahr insgesamt 13 Landtagssessionen abhalten. Wir schieben pro Jahr jeweils zwei Wochen für eine zusätzliche Landtagssession ein, und zwar für die Behandlung des Haushalts bzw. für die des Nachtragshaushalts. Wir haben durchschnittlich jeweils eine Woche pro Monat für den Regionalrat zur Verfügung. Außerdem gibt es noch eine ganze Menge von Kommissionssitzungen. Insofern ist die Aktivität, die der Südtiroler Landtag an den Tag legt, im Vergleich zu anderen Landtagen sehr groß und umfangreich. Wir haben in den letzten Monaten auch sehr viel gearbeitet. Wir haben viele Gesetze zum Abschluss gebracht. Wenn wir diese Diskussion anfangen möchten, hätten wir mit Sicherheit einige Dinge anzugehen. Ich sage es immer wieder: Vielleicht sollten wir über die Länge der Sitzungen sowie über die Form der Behandlung der Beschlussanträge nachdenken. Generell wäre es sinnvoll, einmal den Aspekt der gesamten Geschäftsordnung anzugehen. Diesem Landtag bleibt jedoch nicht mehr die Zeit dafür. Es ist sicherlich kein Zufall, dass wir den Ablauf der Arbeiten im Landtag so handhaben, dass in jeder Session praktisch eineinhalb Tage für die Behandlung der Beschlussanträge der Opposition zur Verfügung stehen. Das darf man nicht außer Acht lassen. Den einzelnen Vertretern in diesem Landtag wird also viel Raum gegeben, sowohl jenen der politischen Mehrheit als auch jenen der Minderheit. Auf der anderen Seite sollte man das eine oder andere noch zurechtrücken, was die Geschäftsordnung anbelangt. Vielleicht wäre das Arbeiten dann auch um einiges leichter. Nachdem diesem Landtag noch 3 Sitzungswochen verbleiben, das heißt die nächste Woche mit den Sitzungen des Regionalrats, gefolgt von einer Landtagssitzungswoche im Juli und einer im September, schlage ich vor, diese Sitzungssession zu schließen! Ich bin dafür, dass wir mit den Arbeiten betreffend den Nachtragshaushalt in zwei Wochen fortfahren!

PRESIDENTE: Voglio solo completare, prima di mettere in votazione la proposta del collega Baumgarnter, che abbiamo fatto, in questi ultimi due anni, due modifiche del regolamento e credo che, senza negare che si può sempre migliorare - anch'io avrei avuto altre proposte - le regole che ci sono siano sufficienti. Solo che vanno anche riempite di comportamenti, quindi probabilmente non dipende dalle regole.

Metto in votazione la proposta del consigliere Baumgartner di interrompere a questo punto i lavori del Consiglio provinciale per questa settimana: approvata con 4 voti contrari, 1 astensione e i restanti voti favorevoli.

La seduta è tolta.

ORE 12.30 UHR

SEDUTA 213. SITZUNG

2.7.2003

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Baumgartner (37,39)
Frick (6,13)
Klotz (12,20,38)
Kury (13,37)
Leitner (4,7,11)
Lo Sciuto (37)
Seppi (10,17,19)
Urzi (16,18,19,25)